

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaaltene Beilage oder deren Raum 35 Bfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Bfg., auswärtige Anzeigen 45 Bfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68.

Donnerstag, den 21. März 1918.

25. Jahrg.

Die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky.

Im Herbst 1912 übernahm Fürst Lichnowsky als Nachfolger Marshalls den Botschafterposten in London. Er ging dahin mit der Absicht, einen entscheidenden Wandel der auswärtigen Politik herbeizuführen, zwischen Deutschland und England ein freundschaftliches Verhältnis herzustellen. Im Frühsommer 1914 standen die deutsch-englischen Abkommen über Afrika und die Bagdadbahn vor der Unterzeichnung, und schon glaubte sich der Fürst am Ziel, da brach das Gebälde, in dem zwei große Völker freundschaftlich nebeneinander leben sollten, unter den Donnerläufen einer Weltkatastrophe zusammen.

Der Botschafter kehrte zurück mit dem Gefühl eines Menschen, der sein Lebenswerk zerschlagen sieht. Er empfand damals wohl auch nicht viel anders als wir deutschen Sozialdemokraten, die wir ja auch an der Versöhnung mit Frankreich und England gearbeitet hatten, und nun, gegenüber den entsetzten Ungewalten, unsere Ohnmacht miterschmendend erkennen mußten. Den Fürsten Lichnowsky, der an die Verständigung geglaubt hatte, wie jeder Schaffende an sein Werk glauben muß, begrüßte in Deutschland der Sohn der Alldeutschen, die ihm nachsagten, er habe sich von den Engländern einseitig lassen, ihre wahren Absichten nicht erkannt. Da verfaßte der Fürst im Sommer 1916 eine leidenschaftliche Streitschrift, in der er die Vorgänge vor dem Kriegsausbruch so schilderte, wie sie sich in seinen Augen darstellten. Es wurde eine Anklageschrift gegen die deutsche und die österreichische Politik.

Diese Schrift war nur für einen engen Kreis der Freunde bestimmt. Gegen den Willen des Verfassers gewann sie stärkere Verbreitung und drang zuletzt ins Ausland. Das schwedische Jungsozialistenblatt „Politiken“ begann mit ihrer Veröffentlichung, andere Blätter folgten. Da nun kein diplomatisches Geheimnis mehr zu wahren ist, das deutsche Volk aber das Recht hat, über seine eigenen Angelegenheiten mindestens ebensogut unterrichtet zu sein wie fremde Völker, werden wir morgen die entscheidenden Kapitel der Denkschrift in vollem Umfange wiedergeben.

Wie man in Deutschland den Rücktritt dreier englischer Minister bei Kriegsausbruch als Beweis für Englands Schuld am Kriege betrachtete, wie der Euphorieprojektor später als Zeugnis für Rußlands Schuld gewertet wurde, so wird das feindliche Ausland jetzt in der Schrift Lichnowskys die ausschlaggebende Urkunde sehen, durch die der Streit um die Kriegsschuld zu ungunsten Deutschlands entschieden wurde. Und wer vermag zu leugnen, daß von dieser Schrift auf die deutsche Außenpolitik vor dem Kriege ein schwerer Schatten fällt? Man kann sagen, daß alles, was Lichnowsky schreibt, Ausgeburt einer kranken Phantasie, alles verzerrt und verzeichnet ist. Aber daraus würde nur folgen, daß der wichtigste Botschafterposten, den Deutschland zu vergeben hat, mit einem Narren und Dummkopf besetzt war. Will man aber der deutschen Politik diese Kompromittierung erparieren, nun, dann bleibt nichts anderes übrig, als die Schrift und ihren Verfasser ernst zu nehmen und sich sachlich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Und so sei denn gesagt: Es ist keine Schande, und es braucht kein Anglied zu sein, daß die deutsche Politik vor Ausbruch des Krieges auch außerhalb der Sozialdemokratie scharfe Anfechtung gefunden hat. Das Ausland darf das als Zeichen dafür nehmen, daß in Deutschland die Gewissen nicht schlafen. Aber es würde sich täuschen, wenn es von dieser Veröffentlichung einen Niederbruch der allgemeinen Stimmung erwartete. Die Schrift Lichnowskys bedarf in vielen Punkten kritischer Nachprüfung, aber auch diejenigen in Deutschland, die so manches, was in ihr steht, für richtig halten, werden sich dadurch in ihrem Willen, das Land vor einer Niederlage zu bewahren, nicht erschüttern lassen.

Wie war es denn im August 1914? Wir Sozialdemokraten hatten die auswärtige Politik Deutschlands aufs schärfste bekämpft, standen den leitenden Männern des Reichs nicht nur in sachlicher Gegnerchaft, sondern sogar in persönlich empfundener Feindschaft gegenüber — denn unsere Partei wurde verleumdet und verfolgt —, als aber die Würfelf gefallen waren, gab es nur noch einen Willen: „Deutschland darf nicht geschlagen werden!“ Und dieser Wille besteht noch.

Aber stärker und stärker hat sich ihm ein zweiter Wille beigegeben: den Krieg sobald wie möglich ohne Schaden für das deutsche Volk zu beenden. Die Wirkungen, die Lichnowskys Schrift in der Beziehung auf Kriegsbeendigung oder Kriegsverlängerung übt, sind uns daher im Augenblick wichtiger als die größere oder geringere Anfechtbarkeit seiner gewissemäßig einseitigen Darstellungen. Leider wird die Schrift, soweit sie als Beweisstück für die deutsche Schuld am Kriege angesehen wird, den Kriegswillen draußen aufs neue beleben. Sie kann aber noch eine andere Wirkung haben, sie kann dazu beitragen, daß man in Deutschland über England wieder etwas ruhiger und objektiver denken lernt.

Fürst Lichnowsky kann über die Wien-Berliner Vorgänge im Juli 1914 nichts aus eigener Wahrnehmung aussagen, seine Darstellung beruht auf Hörensagen und mag so manche Ueberschreitung, manchen tatsächlichen Irrtum ent-

halten. Aber was zu jener Zeit in London vorging, das hat der deutsche Botschafter dort doch selbst erlebt, und er ist wenigstens offiziell, sogar sein berufener Beurteiler. Um die Tatsache kommt man doch nicht herum, daß der Mann, der von der deutschen Regierung nach England geschickt war, um die englische Politik zu beobachten, über sie zu berichten und mit ihr Fühlung zu halten, ihr ein geradezu glänzendes Zeugnis ausgestellt hat. Diese Tugend wird in uns gewiß nicht die Lust erwecken, von England besiegt zu werden — wir wissen zu genau, was wir nach bald vierjährigem Kriege von einem Negezeiten-England zu erwarten hätten —, wohl aber erschüttert er die Auffassung, daß es für Deutschland fürder kein Leben geben könnte, denn auf den Trümmern des englischen Weltreiches.

Auch wenn die englische Regierung von 1914 den Krieg nicht gewollt hat, so steht doch fest, daß das englische Volk von 1918 zäher um den Sieg über Deutschland kämpft als irgendein anderes Volk der Welt. Diesen Sieg wollen wir ihm und werden wir ihm nicht gönnen. Aber was wir leidenschaftlich wollen, das ist eine Beendigung des Kollateralschicks, noch ehe all die Opfer gefallen sind, die eine letzte Entscheidung durch die Gewalt erfordert. Zur Erreichung dieses Zieles kann es beitragen, wenn sich das deutsche Volk nicht von Feindschaft blenden läßt, und in diesem Sinne empfehlen wir die Schrift des Fürsten Lichnowsky der Aufmerksamkeit der Leser.

Der Gewaltstreik gegen Holland.

Aus der gestrigen Rede des holländischen Ministers des Aeußeren, Lou den, die wir nachstehend wiedergeben, geht mit unzweifelhafter Deutlichkeit hervor, daß die holländische Regierung gar nicht anders handeln konnte, wollte sie nicht das Land in namenloses Elend stürzen. Die Regierung ist bis zum Äußersten gegangen; auf weiteres Entgegenkommen aber darf die Entente, die ansehend die bedingungslose Annahme ihrer Forderungen verlangt, und im Falle der Ablehnung mit der sofortigen Beschlagnahme der Schiffe droht, nicht rechnen. Die Stimmung in der Kammer ist auch nach der Erklärung des Ministers eine ruhigere geworden. Man sieht ein, daß man nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen kann. Auch bei der Presse kehrt allmählich die Selbstbesinnung zurück. Sie hatte erklärt, daß das Volk sich bereits auf den Hunger eingerichtet habe. Wir bemerkten gestern bereits dazu, daß sie leicht — der Druckfahrlässigkeit hatte daraus allerdings „nicht“ gemacht — so etwas schreiben könne, daß es aber anders klinge, wenn der Hunger da sei. Denn daß Deutschland auch Holland noch mit versorgen kann, ist eine Wahrheit! Die Entente hat Holland die Pistole auf die Brust gesetzt und wir möchten nur wünschen, daß Deutschland dem kleinen, bedrückten Lande keinerlei Schwierigkeiten bereitet.

Wie sich übrigens die weitere Entwicklung der Dinge gestalten wird, kann man noch nicht voraussagen.

Die Erklärung des Ministers.

Bei der Wiederaufnahme der Debatte über die Schiffsfahrtsfrage in der zweiten Kammer sagte der Minister des Aeußeren Lou den, er erhielt den Eindruck, daß seine Rede vom 11. März nicht mit genügend Aufmerksamkeit gelesen und daß seine Erklärung vom 18. März nicht mit genügender Aufmerksamkeit angehört worden sei. Der Zorn und die Entrüstung über den Holland zugemuteten Zwang erfüllte ihn als Holländer und als holländischen Minister mit Befriedigung, ja mit Stolz. Auch er sei im Innern gegen die Willkürakte, deren Opfer Holland in diesem Kriege so oft wurde. Die Regierung finde in der Art, wie das ganze Land sich ausdrückte, eine Stütze. Es sei gut, daß die Kriegführenden die Stimme des holländischen Volkes deutlich zu hören bekämen. Die Ablehnung der Forderung der Alliierten durch die holländische Regierung würde zwar lebhaften Beifall ausgelöst haben, aber die Regierung, die sich mit einem volkstümlichen Erfolge begnüge, sei nicht ernst zu nehmen. Die Regierung könne weiter sehen, da sie mehr wisse und in besserer Fühlung mit allen Impponderabilitäten stehe. Aus diesem Grunde habe die Regierung Vertrauen nötig, und der Minister hoffe, sich dieses Vertrauen erhalten zu können. Die Regierung hatte anfangs die Absicht, nicht nachzugeben, gelangte aber nach reiflicher Ueberlegung über die Interessen der Industrie, Handelsmarine, Kolonien und Volksernährung zu ihrer jetzigen Entscheidung. Die lategorische, wenn auch wohlwollende Antwort Deutschlands war von größter Bedeutung für diese Entscheidung. Die Regierung müsse die Verantwortung dafür tragen und könne sie nicht auf die Kammer abwälzen. Der Minister verweirte sich nur, daß er nicht vorher vertrauliche Beratungen mit den Führern der Parteien oder mit der ganzen Kammer gepflogen hätte. Sodann gab der Minister von neuem einen Ueberblick über die Verhandlungen mit den Alliierten und sagte u. a., daß an demselben Tage, an dem die Bedingungen der Alliierten für die Lieferung von 100 000 Tonnen Weizen bekanntgegeben worden seien, aus London und Washington die Mitteilung gekommen sei, daß die im Austausch ange-

botene Lonnage infolge der seit den letzten zwei Monaten veränderten Schiffsverkehrsverhältnisse nicht mehr ausschließlich außerhalb des gefährlichen Gebietes verwendet werden könne. Zu gleicher Zeit erhielt die Regierung durch offizielle Informationen in der Presse die Nachricht, daß im Falle der Weigerung eine Million Tonnen von den Alliierten beschlagnahmt werden würden. Die Regierung sei bereit gewesen, 500 000 Tonnen zur Verwendung außerhalb des gefährlichen Gebietes abzutreten. Er sei sicher gewesen, daß im Falle der Weigerung eine Million Tonnen requiriert und im gefährlichen Gebiet verwendet worden wäre. Was diesem Grunde habe die Regierung ihren Widerstand nicht länger aufrechterhalten, obwohl der von seiten der Alliierten angewendete Zwang es für die Regierung sehr verlegend machte, in einem Punkte nachzugeben, dem alle anderen neutralen Staaten bereits zustimmten.

Auf die Frage Lohmanns, welche Version die richtige sei, die von Reuter gegebene oder die der Regierung, antwortete der Minister, daß die Regierung die Wahrheit gesprochen hätte. Schon im Februar wies der Landwirtschaftsminister darauf hin, daß es wünschenswert sei, Deutschland um 100 000 Tonnen Weizen zu ersuchen. Der Minister hatte darüber mit dem deutschen Gesandten im Haag eine Unterredung, erhielt aber keine Zusage. Als die Alliierten am 8. März ihre neue Forderung nach der Benutzung der holländischen Schiffe im gefährlichen Gebiet stellten, beschloß der Ministerrat, Berlin um Lieferung von 100 000 To. Weizen binnen zwei Monaten zu ersuchen. Die Frist von zwei Monaten sei mit Rücksicht auf die von den Vereinigten Staaten festgesetzte Lieferungsfrist gewählt worden. Bei ihren Verhandlungen mit den Alliierten verlangte die Regierung die ausdrückliche Garantie, daß 100 000 Tonnen Weizen geliefert würden und 100 000 Tonnen schon vor dem 15. April. Der Minister gab zu, daß die von den Alliierten gestellten Bedingungen außerordentlich schwer seien und die durch Amerika gestellten selbst verlegend seien. Er versäumte es nicht, das Washington wissen zu lassen. Die Reeder würden von der Regierung ins Vertrauen gezogen, da ihr sachkundiger Rat für die Verhandlungen notwendig war. Die Verhandlungen mit Deutschland seien noch nicht soweit vorgeschritten, daß darüber Mitteilungen gemacht werden könnten.

Der Minister versicherte, daß die Vereinigten Staaten Getreide liefern würden, wenn die Alliierten den Vorschlag Hollands mit den daran geknüpften Bedingungen annähmen. Amerika verpflichtete sich wenigstens dazu. Die Regierung hoffe auch, daß Deutschland der Einfuhr keine Hindernisse in den Weg legen werde, da es ja selbst erklärte, nicht in der Lage zu sein, die Bedürfnisse der Volksernährung Hollands zu befriedigen. Der Minister fuhr fort, Er sei davon überzeugt, daß er nicht die Neutralität verletze, denn die Schifffahrt im gefährlichen Gebiet habe nichts mit der Neutralität zu tun. Es sei absolut unrichtig, zu behaupten, daß die Regierung mit einer der Kriegführenden Parteien im Einverständnis stehe und ihre Neutralität aufgegeben habe.

Er werde heute oder morgen Delegationen anweisen, die mit Deutschland über das Wirtschaftsabkommen verhandeln sollen, wofür bereits von einer Spezialkommission Vorbereitungen getroffen worden seien. Ferner sagte der Minister, er zweifle nach der Antwort der deutschen Regierung daran, ob die Einfuhr von der Ukraine sich ohne große Schwierigkeiten bewerkstelligen lassen würde. Bei der Entscheidung der Regierung über die Forderung der Alliierten hatten die kolonialen Interessen nicht an erster Stelle gehandelt. Es handelte sich nicht um die Garantie für die Erhaltung der Kolonien, wohl aber sei deren Notlage in Betracht gezogen worden. Zum Schluß erklärte der Minister, die Regierung sei überzeugt, ihre Pflicht getan und alle Faktoren in Rechnung gestellt zu haben, die sie berücksichtigen müsse. Er habe: Wir haben geglaubt, die verlegenden Forderungen annehmen zu müssen, aber unter sehr einschränkenden Bedingungen. Wir sind der Ansicht, daß wir nicht weiter gehen können. Der gedrückte Zweifel, ob die Regierung in der Lage sein werde, ihren Standpunkt durchzusetzen, ist absolut ungerechtfertigt. Die Regierung wird keinen Schritt weitergehen.

In der sich hieran anschließenden Debatte erklärte Genosse Troelstra: „Ich gewann die Ueberzeugung, daß die Regierung in gutem Glauben, sich völlig innerhalb der Grenzen der Neutralität zu halten, handelte. Ob dies wirklich der Fall ist, ist Unsichtssache, aber das Wesentliche ist die Meinung der Regierung.“

Von der Rede unseres Genossen, die er tags zuvor hielt, tragen wir noch nach: „Man hatte das Gefühl, die Regierung sei der Gewalt gewichen. Die letzten Mitteilungen des Ministers bestärkten diesen Eindruck, aber es sei das Los der kleinen Völker, der Gewalt zu weichen. Die traurige Wirklichkeit zwingt die Niederlande sich zu beugen. Der Redner ist aber unangenehm berührt, weil die Regierung sich verhalten ließ, den Forderungen, die den Niederlanden auferlegt worden sind, durch eine positive Mitwirkung nachzukommen. Bisher weigerten sich die Niederlande, an der Ungerechtfertigkeit mit schuldig zu sein, sie erhielten ihre Neutralität im strengsten Sinne aufrecht. Der Redner zögert auszuspochen, daß die Regierung jetzt die Neutralität aufgegeben habe. Er behält sich ein Urteil bis nach der Antwort der Regierung vor. Nichts würde schmerzlicher für das niederländische Volk sein, als jemals zwischen den Kriegführenden wählen zu müssen. Wie werde die Saltung der

Mittelmächtig gegenüber der Vereinbarung mit den Alliierten sein? Redner schließt sich der Meinung Lohmanns an, daß die Bedingung, die man Deutschland stellte, den Niederlanden 100 000 Tonnen Weizen innerhalb zweier Monate zu liefern, eine zu bestimmte gewesen sei. Wenn die Niederlande noch bis August Getreide hätten, so sei es nicht notwendig, eine solche Bedingung zu stellen. Uebrigens sei es dem Redner sehr zweifelhaft, ob die Niederlande 100 000 Tonnen Weizen von den Alliierten bekommen würden. Das holländische Volk darf also in der Frage der Lebensmittelversorgung nicht seine ganze Hoffnung auf die Alliierten setzen, sondern man muß versuchen, Getreide aus der Ukraine zu erhalten. Die Regierung muß daher in dieser Richtung weiter verhandeln. Die Interessen Deutschlands widersprechen der wohlwollenden Unterstützung der Niederlande nicht, deswegen müssen wir Schritte tun, um Getreide aus Deutschland zu erhalten. Der Redner ist der Ansicht, daß Deutschland in seinem Recht sein würde, die Haltung der Niederlande gegenüber den Alliierten als taktlose Unterstüßung in der Kriegführung zu betrachten.

Die Entente und Holland.

Reuter erzählt, daß der englischen Regierung bis jetzt noch keine Antwort der Regierung der Niederlande auf die Note der Alliierten zugegangen war. Es lag auch weder eine Bestätigung des britischen Gesandten im Haag noch eine niederländische Erklärung in London vor, daß die niederländische Regierung den ihr vorgeschlagenen Bedingungen zugestimmt habe. Infolgedessen ist eine neue Notifizierung nach dem Haag gesandt worden, wonach die Alliierten mangels einer unzweideutigen Annahme der Note der Alliierten zu einer sofortigen Beschlagnahme der Schiffe schreiten müßten. Da Telegramme aus Holland den Anschein erwecken, als habe die Regierung der Niederlande die Note der Alliierten angenommen, so sollte von neuem bekannt werden, daß der bloße Versuch einer zögernden Annahme des Modus vivendi vom vergangenen Januar seitens Hollands der Sache nicht gerecht wird, da sich die Situation seitdem von Grund aus geändert hat.

Die „Times“ erfahren aus New York vom 18. März: Die Behörden verstoßen die Beschlagnahme der 700 000 Tonnen niederländischen Schiffsraumes in amerikanischen Häfen. Der Ausschub wurde aus Höflichkeit gegen die niederländische Regierung beschlossen, um ihr noch etwas Zeit zu lassen, die Vereinbarung über die Verwendung niederländischer Schiffe durch die Alliierten zu unterzeichnen. „Daily News“ schreiben, die Erklärung des niederländischen Ministers des Auswärtigen sei nicht unvernünftig. Die Bedingungen, die er stellte, könnten zwar mit sehr guten Gründen kritisiert werden, aber sie sollten einer freundschaftlichen Regelung nicht hinderlich sein.

Nach einer Reutermeldung aus Washington sind in den Vereinigten Staaten alle Maßnahmen zur Beschlagnahme der Schiffe getroffen worden.

Holländische Gegenmaßnahmen.

Aus Amsterdam wird berichtet: Der holländische Kriegsminister hat die Ausfuhr von Kakao und Speck, Sesamöl, Erdnußöl und andern Rohmaterial zur Margarineherstellung aus dem Festungsbezirk Amsterdam verboten. Diese Maßregel bezieht sich auf die in Amsterdam ansässige niederländische Bilanzfabrik, die für den Export nach England arbeitet. Die Maßregel unterbindet also den beträchtlichen Margarine-Export nach England.

Am Bundesratstag: Mittw. n. Wiesberg, Schiffer. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes betr.

Änderung des Postgesetzes.

Das den Verkehr der Postbedienten mit den Kontobehaltern portofrei macht, ferner die Gebühr bei der Einzahlung dem Einzahler auferlegt. Abg. Dr. Südekum (Soz.): Der neue Herr des Reichspostamtes hat eine sehr reformbedürftige Verwaltung übernommen; hoffentlich wird er den Wünschen aus den Kreisen des Publikums ein geneigteres Ohr entgegenbringen als sein Amtsvorgänger. Das Gesetz begrüßen wir als einen Fortschritt auf dem Wege des bargeldlosen Verkehrs, wenn wir auch die Bestimmung begrüßen, daß fortan der Einzahler eine Gebühr zahlen soll. Gerade die Portofreiheit der Einzahlung bildete die beste Propaganda für den bargeldlosen Verkehr. Immerhin kann man noch dem Verzicht, der jetzt gemacht wird, im Falle des Mißlingens wieder zurücktreten. Wir stimmen dem Gesetz zu und wünschen auch weiterhin dem Reichspostamt einen fortschrittsfreundlichen Geist.

Das Gesetz wird in zweiter und sofort auch debattelos in dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses über Anträge auf Erlass einer Bundesratsverordnung, betr.

Waherwahrung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

Der Ausschuss empfiehlt, den Reichstagler zu empfehlen: 1. für eine Bundesratsverordnung zu sorgen, die ihn ermächtigt, die Geschäftsbücher und andere Unterlagen der Betriebsrechnung aller für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe zu überwachen; 2. Preisprüfungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine einzurichten; 3. eine Zentralprüfungsstelle der Kriegslieferungen zu schaffen, die die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen hat.

Generalmajor v. Wiesberg: Die Veranlassung zu den vorliegenden Anträgen ist die Daimler-Angelegenheit. Von der Stuttgarter Staatsanwaltschaft ist das Verfahren wegen Betruges und Kriegswucher eingeleitet worden. Das Schreiben der Firma, das die Drohung der Betriebsbeschränkung enthält, ist von der Staatsanwaltschaft der Oberstaatsanwaltschaft eingereicht worden zur Prüfung, ob darin verstoßen Landesgesetz zu erkennen ist. Die Heeresverwaltung muß es sich verlagern, über die strafrechtliche Seite der Angelegenheit zu urteilen, solange das Verfahren sowohl bezüglich der Erklärung der Firma vom 11. März, als die Heeresverwaltung: Wenn dort die Drohung mit einer Einstellung des Betriebes in Abrede gestellt wird, so wehrt man sich gegen eine Anklage, die gar nicht erhoben worden ist. Der Wortlaut des dem Gericht übergebenen Schreibens läßt gar keinen Zweifel darüber zu, daß es sich um ein Ultimatum handelt, in welchem die Einschränkung des Betriebes angekündigt wird, falls die geforderte Preiserhöhung nicht in Kürze eintritt. Es ist stets anerkannt worden, daß die Daimler-Werke hohe Leistungen aufzuweisen haben. Diese hohen Leistungen sind aber weniger der kaufmännischen Leitung als der technischen Leistung und der Arbeiterkraft zu danken. (Zustimmung.) Gerade wegen der hohen Leistungen der Werke lag es im öffentlichen Interesse, daß eine Einschränkung des Betriebes nicht erfolge. So würde dieses Schreiben der äußere Anlaß zum Einschreiten. Wenn die Firma weiter erklärt, daß sie einige Tage später die Drohung ausbrüchlich zurückgenommen habe, so war das nur erfolgt unter dem Druck der Bestimmungen des Belagerungszustands-Gesetzes, um der Militarisierung des Betriebes vorzubeugen. Die nachher erfolgte Militarisierung erfolgte nicht auf die Eingabe eines ehemaligen Beamten der Firma hin, sondern auf Grund der ganzen Vorgänge in Verbindung mit dieser Anzeige. Es heißt also auch nicht zu, daß der Unter- und Hauptanspruch des Reichstages sich bei ihrem Vorgehen gegen die Firma allein auf die Angaben eines ehemaligen Beamten gestützt hätten. Die Daimler-Gesellschaft wendet sich ferner gegen die in den Zeitungen wieder-gegebenen Ansicht der Heeresverwaltung, Daimler habe 30 Prozent Preiserhöhung gefordert. Die Firma behauptet nur 10 Prozent gefordert zu haben. Das war allerdings ihre letzte Forderung. Der Kommissar der Heeresverwaltung im Hauptanspruch hat aber nicht von 30 Prozent Ausschlag auf die letzten Preise gesprochen, sondern von etwa 30 Prozent auf die zu Beginn des Krieges tatsächlich gezahlten Preisniveaus. Dies zur Richtigstellung. Im übrigen erhalten Konturenwerke von Daimler zum Teil sogar noch um 30 Prozent höhere Preise als Daimler jetzt erhält. Die Ablehnung der Preisprüfungsstelle durch die Heeresverwaltung erfolgte aber nicht deshalb, weil die Forderungen von Daimler im Verhältnis zu anderen Ergebnissen nicht unter Umständen den höheren Preis wert gewesen wären, sondern weil die Firma infolge ihres ungeheuren Umsatzes auch bei ihren billigen Preisen offenbar einen übermäßigen Gewinn zu erzielen vermochte, und weil die Bemerkung der Kalkulationsunterlagen es der Preisprüfungsstelle unmöglich machte, vorsichtgemäß die richtige Angemessenheit der Preise zu beurteilen. Man hat der Heeresverwaltung den Vorwurf gemacht, daß sie nicht früh genug eingegriffen hat. Die Heeresverwaltung hat jedoch erst Veranlassung und Recht zum Einschreiten, als die Kriegswichtigen Lieferungen der Firma in Frage gestellt waren. Die Preise gaben ausreichenden Grund zum Einschreiten nicht, da sie noch der Berechnung der Preisprüfungsstelle waren, soweit diese ohne genaue Unterlage möglich war, nicht zu hoch waren. Ob die Preise tatsächlich zu hoch waren, kann erst die eingehende Untersuchung ergeben, und die Heeresverwaltung bildet dringend, deren Ergebnis abzuwarten, bevor hierüber ein Urteil gefällt wird. (Sehr richtig!) Die hohen Gewinne der Gesellschaft können auch aus ihrem sonstigen Geschäft hervorgehen. Es ist ferner die Frage angenommen worden, warum die Heeresverwaltung, um sich Einmütigkeit in die Wege zu verlagern, nicht von der Verfügung vom 11. Juli 1917 Gebrauch gemacht hat. Die betreffenden Stellen fanden jedoch mit Rücksicht auf die Entschädigungsfrage dieser Verfügung auf dem Standpunkt, daß sie nicht ermächtigt seien, mit Rücksicht auf künftige Bestellungen die Bücher einer Firma nachzuprüfen. Wie sich jetzt gezeigt hat, läßt sich indessen auch eine andere Auffassung vertreten. Die Heeresverwaltung trägt deshalb auch kein Bedenken, in künftigen Fällen sich auf diese Verfügung zu stützen. Letzten Endes wird über die Richtigkeit der einen oder der anderen Auffassung lediglich der Richter zu entscheiden haben. Auch die Anwendung des § 9b des Belagerungszustandsgesetzes konnte für die Heeresverwaltung erst in Frage kommen, als nach dem Verhalten der Firma anzunehmen war, daß das Vorgehen gegen sie im Interesse der öffentlichen Sicherheit lag. Demgemäß schritt die Heeresverwaltung ein, als die Preisprüfungsstelle der Firma herunterzugehen drohte. Sie übergab die Angabe des entlassenen Beamten der Staatsanwaltschaft, welche das Schreiben der Firma vom 12. Februar dem Reichspostamt zu und stellte dem Verzicht unter militärische Aufsicht. Die Heeresverwaltung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit nötig war. Sie hat nichts zu verüben und will nichts verüben. (Bravo!) Wie in allen Fällen, so wird auch in diesem Klarsicht geschaffen werden und es muß Klarheit geschaffen werden. Man lasse aber den Richter sprechen und greife ihm nicht vor.

Abg. Erzberger (Zent.): Die deutsche Industrie hat in den 3 1/2 Kriegsjahren an Umfang und Wert Glanzendes geleistet. Aber wo viel Licht, da ist viel Schatten. Der Mittelstand ist zum großen Teil ruiniert. Die g. u. und a. v. Handwerker Erhaltung vieler selbständiger Erzeugnisse bedrohen. Ferner ist zu sehen, daß man von den Einzelhändlern abgeht und für kleine Fabriken oder Fabrikgruppen andere Preise festsetzt als für große Fabriken. Ganz komisch es vor allem darauf an, den Bedarf der Heeresverwaltung zu decken. Aber es hat doch niemand an der notwendigen Komplexität auf jeden der Heeresverwaltung gezeigt. Es ist doch ganz allgemein bekannt, daß Teile der Industrie fast ruiniert sind, gegen die hohen Preise, die die Heeresverwaltung

zahlte, ohne daß sie gefordert werden würden. (Hört, hört!) Man denke das Hindenburg-Programm zu einem gewissen Maßstab gekommen ist, darf die Erzeugung der Preise schon mit Rücksicht auf die Zeit nach dem Kriege nicht so hoch sein. Es muß eine planmäßige Reduktion der Preise eintreten, zunächst bei den Rohstoffen, Holz, Kohle, Eisen. Eine der wichtigsten Aufgaben des Reichswirtschaftsrates ist es, in Verbindung mit dem Kriegsministerium über den ungelösten Preisverfall abzugeben. Daß die Daimler-Angelegenheit den Reichstag überhaupt und die Öffentlichkeit in so hohem Maße beschäftigt, ist sehr bemerkenswert. Noch der eben gehörten Erklärung des Kriegsministeriums steht fest, daß die Firma in ihrer Angelegenheit Angaben gemacht hat, die sie sich gewissermaßen, die Unterlage der Kalkulation vorzulegen; die Firma setzt aber allem auf die Streikandrohung, und daß deswegen rüchellos gegen die Gesellschaft vorgegangen wird, verhandelt das dringende Interesse des deutschen Volkes. Die Kalkulation vom 23. März, die die Firma schließlich eingereicht hat, ist eine direkte Verhöhnung des Kriegsministeriums, und daß diese Kalkulation auch dem Reichstage nach der Gesellschaft zugestellt wurde, läßt sich nur so erklären, daß die Gesellschaft meinte, dieser Vorkriegsgesellschaft kann man alles bieten. (Sehr richtig!) Ist doch in dieser Kalkulation auch der Posten enthalten „Amortisation 30 Proz. auf Lohn.“ (Hört, hört!)

Leider gibt es, was Preisforderungen anlangt, mehr als einen Daimler in Deutschland. (Sehr wahr!) Ich brauche nur an den Fall Behr-Binnow zu erinnern.

Was soll nun geschehen? Man kann das Kriegsministerium nicht von jeder Schuld freisprechen, drei Jahre lang streitet es sich mit einer Firma herum, um schließlich die Kalkulation nicht zu erhalten. Und da spricht man im Ausland noch vom Militarismus in Deutschland!

Notwendig ist eine zentrale Preisprüfungsstelle; die aber nicht dem Kriegsministerium zu unterstellen ist, sondern der schon bestehenden Preisprüfungsstelle der Rumba. Weiter ist aber notwendig der Erlass einer Bundesratsverordnung, die den Militärbehörden eine stärkere Kontrolle aller für den Lebensbedarf des Heeres arbeitenden Betriebe ermöglicht. Die Zentralbehörde der Bundesregierung, falls sich solche im Falle Daimler herausstellen, muß alsbald in die Wege geleitet werden. (Sehr richtig!) Eine gewisse Schuld hat auch der Reichstag, er hat der Militärverwaltung zu großes Vertrauen geschenkt. Das Kontrollrecht des Reichstages muß weiter ausgebaut werden. (Bravo!)

Generalmajor v. Couperle erläutert die Tätigkeit der Rumba.

Abg. Noke (Soz.): Die zu erwartende Bundesratsverordnung wird im Volke als Leg Daimler bezeichnet werden. In der Tat handelt es sich hier um schamlose Erpressung und Auswucherung und meine Freunde verlangen, daß nicht nur Daimler, sondern alle ähnlich arbeitenden Kapitalisten getroffen werden. Man spricht davon, daß das Volk nach dem Krieg ein Drittel seines Einkommens an Steuern zahlen muß. Aber eine dünne Schicht schwimmt in Gold. Militärgewinne in Höhe von vorantworbener Zahl sind in die Taschen einer dünneren Schicht geflossen. Wir haben ohne wahrer Kapitalistischer Gewinne erlebt, neben kleinen Dividenden wurden den Aktionären noch besondere Zuwendungen gemacht, daneben wurden Eisenwerke aufgespart, und kolossale Verschreibungen gemacht. So sind Millionen und Milliarden von Reichsmarkeln verendet worden zur Bereicherung weniger Einzelner. Es darf nun nicht bei einer stärkeren Preispolitik sein. Wenn man die unerschämte Gewinnmacherei gemindert werden muß für das Reich zurückgenommen werden. Darüber wird noch bei den Steuergeboten zu reden sein. Ich muß auch darauf hinweisen, daß gerade die Kreise, die diese glänzenden Gewinne gemacht haben, die künftigen Kriegstreiber der Vaterlandsverteidigung sind. Die großen Kriegsgewinne wollen den Krieg gern weiterführen, der nicht mit ihrem eigenen Blute geführt wird. (Sehr richtig!) Als Patrioten gebärdet sie sich, wenn sie Kriegsanleihe zeichnen; aber selbst da drohen sie zu verlagern, wenn nicht alles nach ihrem Willen geht. Zur Schande der Daimler-Werke will ich nach dem im Ausschuss Verhandelten nur noch wenig sagen. Jeder Rechtsfertigungswunsch ist vergeblich. Das Volk würde sich sehr wundern, wenn die Leiter der Daimler-Werke nicht für das Zuchthaus zeitlich erachtet würden, in das doch eine Reihe von Arbeitern für Handlungen geschickt wurden, die weit geringer zu erachten sind. Bei den Kriegslieferungen hat sich überhaupt in weitem Maße Unkenntnis und Mangel an Vorkenntnissen bei der Heeresverwaltung gezeigt. Ein kleiner Kehler war, daß man die im Beschaffungswesen erfahrenen Offiziere gleich zu Beginn des Krieges ins Feld gehen ließ, so daß an ihre Stelle weniger erfahrene Herren treten mußten. Das haben sich gewisse Kapitalisten zunutze gemacht. Es wurden von Fabriken ungeheure Schmiergelder gezahlt, um Lieferungen zu bekommen, persönliche Beziehungen wurden ausgenutzt wie im Falle Behr-Binnow, dieses harmlosen Gewinns, der erstreckte sich für 10 000 Mark prozentige Verzinsung zu verbriefen und sich dann mit einmal als Anteilhaber von 1 1/2 Millionen Mk. Gewinn sah. (Hört, hört!) Auf allen Gebieten ist das Reich bemuchert worden. Das Reich zu schädigen, galt ja von jeher nach kapitalistischer Moral nicht als unehrenhaft. Es ist武者 getrieben zu 20 mit Sandbläsen, bei Tierarzneimitteln, bei Arzeneimitteln zur Heilung Verwendung. Aus Profitgier sind in verheerender Weise von einer ganzen Reihe von Unternehmern Geschäfte gestiftet worden, um Fehler zu verdecken. (Hört, hört!) Die Sachverständigen, die die Heeresverwaltung zugezogen hat, stammten aus den Kreisen von Industrie und Handel. Diese Herren konnten natürlich aus ihrer Haut nicht heraus und haben hohe Gewinne der Industrie für ganz selbstverständlich gehalten. In allen Ländern sehen wir immer noch die Herren an den entscheidenden Stellen. Da wäre ein Gegengewicht im Reichsinteresse notwendig, man hätte auch Sachverständige aus den Kreisen der Arbeiter hinzuzuziehen müssen. (Sehr wahr!) Viele Millionen wären dem Reich exportiert worden, wenn man diese Forderung, die ich bereits vor Jahr und Tag erhoben habe, erfüllt hätte. Die Heeresverwaltung hat ihre Auswucherung durch die Industrie gegenüber viel zu viel Langmut gezeigt. Besonders an die ganz Großen hat sie sich offenbar nicht herangewagt. Die summarische Kalkulation, die sie sich hat vorlegen lassen, bedeutet geradezu eine Verhöhnung der Heeresverwaltung. (Sehr wahr!) Viele der zutage getretenen Missetatungen sind in der kapitalistischen Wirtschaftsweise begründet und werden erst mit ihr verschwinden. Jeder neue Krieg nach längerer Friedenszeit hat doch immer ganz neue Anforderungen gestellt, weil inzwischen eine Reihe neuer Erfindungen gemacht worden sind. Das wird auch in Zukunft so sein. Deshalb muß mit Nachdruck auch bei dieser Gelegenheit betont werden, daß die Kriege überhaupt unmöglich gemacht werden sollen, und daß wir dazu einen Frieden der Verständigung brauchen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die geringen Preise, die dem Kapitalismus im Kriege angelegt worden sind, sollen nach dem Wunsche der Kapitalisten nach Friedensschluß wieder fallen. Demgegenüber betonen wir, daß diese Preise auch im Frieden notwendig sind, daß der Kapitalismus überhaupt verschwinden muß, daß er Platz machen muß dem Sozialismus, der die dauernde Verständigung der Völker, den dauernden Frieden bringen wird. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Gothein (Sp.): Die Beratung des Kriegsministeriums durch Industrielle ist notwendig. Geradezu an Befehlsgewalt grenzt es aber, wenn solche Industrielle, wie das jetzt häufig vorkommen soll, Beamte der Kriegsgesellschaften oder Kriegsamten schon jetzt mit hohen Gehältern für den Frieden engagieren. (Hört, hört!) Auch die Kammerherren sollten sich nach den Erklärungen des Herrn von Behr-Binnow größere Zurückhaltung auferlegen. Das gilt auch von vielen Offizieren. Es ist geradezu widerlich, wie Offiziere vielfach geradezu Handwerker treiben im Interesse sogenannter Wohlhabensfamilien. Bei dem im Ausschuss verhandelten Fällen hat die Heeresverwaltung eine gewisse Entschädigung; denn zu Beginn des Krieges war die Anregung der Industrie nötig, und es gilt Sebels Wort: „Ohne Brot raucht kein Spornstein.“ Auf der einen Seite ist das Geld mit Spießeln herausgemarkert worden, auf der anderen Seite wird Enquierei getrieben. So bei den Entschädigungen in Belgien

Der Fall Daimler vor dem Reichstage.

Der Reichstag muß nun doch einen Tag zulegen, bevor er in die Osterferien geht. Die Verhandlungen über den Offizier im Hauptanspruch ergaben am Mittwoch ein so wenig gestärktes Bild, daß ein voller weiterer Tag für die Erledigung der Arbeiten notwendig wurde. So wird das Plenum am Donnerstag nicht tagen und seine Vorbereitungen erst am Sonnabend beenden. Gestern fand nach rascher Erledigung der Änderung des Postgesetzes der Fall Daimler mit den bekannten einstimmig gestützten Anträgen des Ausschusses auf der Tagesordnung. Die Militärverwaltung wurde durch die Generale v. Wiesberg und Couperie nachzuweisen, daß sie nicht früher hätte zugreifen können und daß sie ständig nach besten Kräften bemüht gewesen sei, die Interessen des Reiches den Privatkapitalisten gegenüber zu wahren. Dabei war Herr von Wiesberg genötigt, die Behauptungen der Zeitung der Daimler-Werke in allen Punkten als völlig verfehlt nachzuweisen. General von Couperie erläuterte die Tätigkeit des Waffen- und Munitions-Beschaffungs-Amtes, das mit der Angelegenheit Daimler selber nichts zu tun hat und im übrigen bemüht ist, eine genaue Nachprüfung der Kalkulation durchzuführen.

Aus dem Hause selbst sprachen die Redner familiärer Parteien. Während Herr Erzberger sich auf die Daimler-Angelegenheit beschränkte, griff unter Redner Noke das ganze System an. Er schilderte die kapitalistische Degradation, die mit Kriegsbeginn, besonders aber seit der Durchführung des Hindenburg-Programms eingeleitet hat, und wies darauf hin, daß gerade die Kreise, die die glanzvollsten Gewinne gemacht haben, die künftigen Kriegstreiber der Vaterlandsverteidigung seien. Er brandmarkte die gewissenlose Profitgier mancher Unternehmer, die zum Schaden des Vaterlandes nicht nur ungeheure Preise gesammelt, sondern auch unerschämte Gewinne erzielt haben. Die Säumerindustrie ist in allen entscheidenden Stellen. Der Hinweis unseres Redners, daß es im Reichsinteresse gelegen hätte, wenn man als Gegengewicht auch Sachverständige aus Arbeiterkreisen hinzugezogen hätte, fand lebhaften Widerhall. Ein besonderes Kapitel widmete er dem Kammerherren v. Behr-Binnow. Zum Schluß unterstrich unser Redner, daß viele dieser Missetatungen zum Schaden der kapitalistischen Wirtschaftsweise selbst gehören und erst mit ihr verschwinden können. Für die Zeit nach dem Frieden aber verlangte er, daß die Kreise, die dem Kapitalismus in viel zu geringem Maße während des Krieges angelegt worden sind, verschärft werden, bis die Zeit des Sozialismus, der dauernden Verbesserung der Völker angebrochen sei. Zum Schluß verteidigte der Fortschrittler Gothein und General Scheuch die Tätigkeit der als Sachverständigen ins Kriegsministerium eingetretenen Industriellen. Die Beratung wird am Freitag abgeschlossen werden. Außerdem steht die dritte Lesung der Kriegskredite auf der Tagesordnung.

gen. Belgier sind besser entschädigt worden als Deutsche. (Hört, hört!)

Chef des Kriegsamt's Scheuch: Früher hat man die Heeresverwaltung immer aufgefördert, sie möge sich mehr vom kaufmännischen Geist in ihren Betrieben leiten lassen. Nun haben wir mal den kaufmännischen Geist einzusetzen lassen und haben Vertreter der Industrie hinzugezogen, aber man ist das wieder nicht recht. (Heiterkeit.) Die vom Hg. Erzberger angeregte Bestimmung, daß g. v. und a. v. Handwerker in ihrem Wohnort beschäftigt werden, wird schon jetzt durchgeführt, sobald am Ort eine militärische Verwendung möglich ist.

Die Weisheitsberatung wird auf Freitag 12 Uhr verlegt. (Auserben dritte Sitzung der Kriegsstreife.)

Schluß 7 1/2 Uhr.

Was der Krieg bringt.

Die Heeresberichte.

WE. Berlin, 20. März, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Auch vor Verdun ließ der Artilleriekampf bei Regen und Nebel an Heftigkeit nach.

WE. Wien, 20. März. (Amtlich.)

Keine besonderen Kampfhandlungen.
Der Waffenstillstand mit Rumänien wurde bis 22. März verlängert.

Die polnische Frage.

Krakauer Blätter berichten aus Warschau: Der ehemalige Finanzminister Steczkowski hat sich infolge günstiger Ergebnisse einer Reise nach Berlin und Wien entschlossen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Er hat die Verhandlungen mit einzelnen Parteien schon aufgenommen, und die Frage der Einberufung des Staatsrates und der Durchführung der Wahl zum Staatsrat ist wieder aktuell geworden.

Der neue rumänische Ministerpräsident.

Marahiloman soll nach Blättermeldungen ein Bündnis mit den Mittelmächten antreiben. Bedingung hierzu dürfte aber sein, daß die Mittelmächte zu einem Verständigungsfrieden mit Rumänien gelangen.

Die Deutschen in Finnland.

„Stockholms Dagblad“ meldet, daß drei Delegierte der Roten Regierung aus Finnland in Eckerö auf Land eingetroffen seien, um mit dem deutschen Botschaftsbesitzer zu verhandeln. Der finnische Landeshauptmann von Bousdorf auf Land habe Befehl gegeben, sie festzunehmen und nach Mariehamn zu bringen. Der deutsche Kommandant habe jedoch erklärt, daß Deutschland diesen Vertretern der Regierung in Helsinki's freies Geleit zugesichert habe und ihre Freilassung herbeigeführt.

Nichtig eingeschätzt.

Aus Petersburg wird gemeldet: Der Sowjetkongress in Moskau nahm die Verleugung der Botschaft Wilsons an Rußland schweigend zur Kenntnis. Eine Antwort an den Präsidenten wurde nicht beschlossen.

Es raft der See...

Nach einer Drahtung des „Corriere della Sera“ aus Paris ist dort der ehemalige Chef der französischen Gegenespionage, der Hauptmann Labourg, wegen Hochverrats verhaftet worden. Labourg soll in den Humbertprozeß verwickelt sein.

Das Schicksal des Senators Colleague.

Ausländische Blätter berichten, daß der belgische sozialdemokratische Senator Colleague-Lüttich vom Kriegsgericht in Antwerpen zum Tode verurteilt worden sei. Auf bringendes Ersuchen belgischer und schwedischer Parteigenossen habe sich der dänische Parteivorsitzende Minister Stauning an Ebert und Scheidemann mit der Bitte um Intervention gewandt. Auch Branting und Troelstra hätten sie gebeten, die Vollstreckung des Urteils abzuwenden zu helfen. Die Hinrichtung Colleague wäre, wie das Sekretariat des holländisch-schwedischen Komitees in Stockholm schreibt, eine Katastrophe sowohl für die belgische Arbeiterbewegung wie für die Friedensbewegung, weil die belgischen Sozialdemokraten den Tod ihres allgemein geschätzten und geliebten Führers nie verzeihen würden.

Scheidemann und Ebert sollen sofort bei der Reichsregierung für Colleague vorstellig geworden und es soll ihnen gelungen sein, sein Leben zu retten. Stauning habe dafür von vielen Seiten aus der Internationale herzliche Dankschreiben erhalten.

Deutsch-dänischer Warenaustausch.

Wie die Kopenhagener Blätter melden, stehen die deutsch-dänischen Warenaustauschverhandlungen, die am 16. März begonnen haben, vor ihrem Abschluß. Die neuen Vereinbarungen sollen auf 4 Monate gelten und bestimmen, daß Dänemark landwirtschaftliche Erzeugnisse, Vieh, Fleisch und Käse, die Zentralmächte hingegen Rohle, Eisen, Kalk, Salz und Benzin, das letztere aus Oesterreich, liefern sollen; außerdem geben sie technische und industrielle Rohstoffe an Dänemark ab. Besonders bemerkenswert scheint uns, daß Dänemark zu solchen Verhandlungen besondere Vertreter der Arbeiterklasse hinzuzieht. In diesem Falle hat Abgeordneter Siegwald Olsen als Arbeitervertreter an den Beratungen teilgenommen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 20. März. (Amtlich.) Im Monat Februar sind durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte unter Zuzugnahme des in den bisherigen Monatsveröffentlichungen noch nicht darrechneten Teils der vom Hilfskreuzer „Kolf“ erzielten Erfolge insgesamt 680 000 Brutto-Registertonnen, des für unsere Feinde nutzbareren Handelschiffsräume vernichtet worden. Damit beläuft sich das Gesamtergebnis der Vernichtung seit Beginn des ungetragenen U-Boot-Krieges auf insgesamt 10 270 000 Brutto-Registertonnen. Durch die kriegerischen Maßnahmen der Mittelmächte ist der unseren Feinden zur Verfügung stehende Welt-Handelschiffsräume seit Kriegsbeginn bis zum 31. Januar 1918 um rund 15 100 000 Brutto-Registertonnen verringert worden. Hieran entfallen rund 9 400 000 Brutto-Registertonnen auf die englische Handelsflotte.

Der amtliche Kriegsbericht.

Die Artilleriegeschlachten im Westen entbrannt.

WE. Großes Hauptquartier, 21. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Dismunden und La Bassée war auch gestern die Geländestärke geblieben. Der Artilleriekampf nahm am Abend bei aufklärendem Wetter an Stärke zu. An der übrigen Front lebte die Gefechtsaktivität nur vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Südufer der Duse, nördlich von Reims und in der Champagne war das Artilleriefeld vielfach gesteigert.

Heeresgruppe Gallwitz.

Der Artilleriekampf vor Verdun nahm am Abend große Heftigkeit an. Bayerische Kompagnien überrannten nordwestlich von Ornes in überraschendem Anlauf die erste feindliche Linie. Sie stießen bis zur Brule-Schlucht vor und nahmen einen Bataillonsstab, mehr als 20 Franzosen, darunter 20 Offiziere, gefangen. Westlich von Apremont drangen rheinische und niederländische Landwehr in die feindlichen Gräben und brachten 78 Gefangene ein.

Serzog Albrecht von Württemberg.

Auf dem Ostufer der Mosel und bei Remagen führten wir erfolgreiche Unternehmungen durch. Das Festungsfeuer französischer Artillerie im Paray-Walde hielt an.

In breiten Abschnitten der Westfront ist heute früh die Artilleriegeschlachten mit voller Wucht entbrannt. Oesterreichisch-ungarische Artillerie hat sich am Kampfe gegen Engländer und Franzosen beteiligt.

Osten.

Heeresgruppe Madenjen.

Truppen des Generals der Infanterie Koch haben in der Ukraine die Handels- und Hafenstadt Cherson genommen.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Kleine Nachrichten.

Zum russischen Botschafter in Berlin ist Sasse, der Führer der russischen Delegation in Brest-Litowsk vor dem Eintritten Trozkis, ernannt worden.

Die Sowjetsbehörden in Sibirien sind zu einer Einigung mit der chinesischen Regierung über die Regelung der Grenzfragen gelangt.

Infolge holländischer Umtriebe auf Tromsø, einer norwegischen Fischerinsel, will die norwegische Regierung Truppenabteilungen dorthin entsenden.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, teilte Ministerpräsident Garcia Prieto in der spanischen Kammer mit, daß das Kabinett zurückgetrete.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 21. März.

Vom Elend der Kleiderversorgung.

In einer Auslassung der Reichsstelle wird gesagt: „Für die Beschaffung der notwendigen Männerkleidung für die heimkehrenden Krieger, für die Arbeiter der Eisenbahn, Landwirtschaft und Küllungsindustrie hat sich der Reichskommissar für bürgerliche Kleidung mit den Fachverbänden der Herrenkonfektion in Verbindung gesetzt, um durch diese die notwendigen Kleidungsstücke freihändig zu erwerben. Hierbei zeigt es sich, daß die Abzahlungsgehalte im ganzen Deutschen Reich noch über besonders große Lager aus der Friedenszeit verfügen, weil dieser Geschäftszweig seit Kriegsbeginn naturgemäß vollständig brachliegt. Der Vorhandensein des Verbandes deutscher Waren-Aretzhändler, zu dem fast sämtliche Abzahlungsgehalte in Deutschland gehören, erbot sich, der Reichsbelleidungsstelle die gesamten Vorräte der Abzahlungsgehalte zugänglich zu machen. Es wurde dabei verabredet, daß er seine Bezugsgenossen besuchen und von diesen Angebote einfordern soll, die der Kriegswirtschafts-Amtengesellschaft zur Annahme oder Ablehnung zu unterbreiten seien. Der Weg hat sich gangbar erwiesen. Es sind viele tausend Anträge, die seit Kriegsbeginn auf den Lagern unbenutzt liegen, der Volkswirtschaft zugeführt worden. Die Kriegswirtschafts-Amtengesellschaft hat im übrigen Angebote auf Kleiderbestände, die in andern Konfektionsgeschäften zur Verfügung stehen, den Fachverbänden übergeben, zu denen die Händler gehören, damit die Verbände mit ihnen über Abgabe ihres Lagers oder eines Teiles desselben verhandeln. Dabei ist es den Verbänden zur Bedingung gemacht, daß den Geschäften in den in Frage kommenden Städten so viel Herrengarderobe verbleibt, als für die Versorgung der bürgerlichen Bevölkerung notwendig ist.“

Angenommen, diese Mitteilung einer Reichsstelle entspricht ausnahmsweise einmal den Tatsachen. Es wird ja schwerlich ein Mensch daran glauben, daß noch große Vorräte an Anzügen aus der Friedenszeit zur Verfügung stehen, aber nehmen wir es einmal an. Wenn größere Lager an Friedensware noch vorhanden sind, dann ist das ein schlagender Beweis, daß nicht Mangel an Waren den Preis für Herren-Garderoben um 500 und 600 Prozent gesteigert hat, auch nicht erhöhte Herstellungskosten, sondern räuberischer Hunger. Und die Behörden, die immer große Bekanntheitsmachungen und Ermahnungen veröffentlicht haben, stehen es gelassen. Die vordenkende Hilfslosigkeit spricht aus der Veröffentlichung der Reichsbelleidungsstelle, die von großen Lagern aus der Friedenszeit spricht und dabei bisher keine Mittel fand, auch nur eine halbwegs annehmbare Versorgung zu schaffen und der Preissteigerung ein ganz klein wenig die Zügel anzuziehen.

Samstags, Schleichhandel gedeihen im Garderobengeschäft aufs beste, die Bezugsgenossen ändern daran gar nichts; wenn die Kontrolle durch Bezugsgenossen wirken soll, mußte man unterrichtet sein über Produktion und Bestände. Die Reichsstelle sagt aber, daß sich jetzt bei den Verhandlungen mit den Fachverbänden der Herrenkonfektion zeigte, daß noch große Lager in Friedensware vorhanden seien. Demnach hatte man vorher keine Ahnung von diesen Vorräten.

Es sind eine Masse Gründe und üble Erfahrungen, die den Glauben an die Botschaft der Reichsstelle nicht aufkommen lassen. Man wird als gewöhnlicher Staatsbürger seinen letzten Rock weiter eigentümlich reparieren und dabei träumen von vergangenen Zeiten, wo man — in der Badehose noch kein Schreckgespenst sah.

Der Bürgerausschuß erteilte in seiner gestrigen Sitzung seine Zustimmung einem Senatsantrag, der bezweckte, daß der deutschen St. Petri-Gemeinde in Kopenhagen zu den Kosten der Erhaltung ihrer Kirche und Schulen ein einmaliger Beitrag von 2000 Mk. gewährt werde. Abgelehnt wurde dagegen eine Vorlage des Senats, nach welcher dem Senat ein Betrag von 2000 Mk. zur Verfügung gestellt werden sollte.

b. S., die im Anschluß an die Hansa-Meierei in erster Linie für Trocknung der Milch und den Vertrieb getrockneter Milch bestimmt ist, der Betrag von 1000 Mk. aus den zu Kriegszwecken bewilligten Mitteln zur Verfügung gestellt werde. Es handelt sich um eine große Anlage, deren Erzeugnisse nach Sachsen abgeführt werden sollen. Jedenfalls ist der Bürgerausschuß zu seiner ablehnenden Haltung gekommen, weil er durch die beschriebene Trocknung von Milch aus unserer Gegend eine weitere Verschlechterung der völlig ungenügenden Milchversorgung der hierigen Bevölkerung befürchtete.

Fragen des höheren Oberbischen Schulwesens. Die von Senat und Bürgerschaft eingesetzte gemeinsame Kommission zur Prüfung von Fragen des höheren Schulwesens beschloß, an den Senat folgende Anträge zu richten: 1. daß unter Aufhebung des Kats- und Bürgerschulgesetzes vom 28. März 1912 der Neubau eines Schulhauses für die Okerrealschule zum Dam nicht an der Johannisstraße unterhalb des St. Johannisjungfrauenklosters, sondern auf dem Platz an der Wallstraße beim alten Bahnhof beschlossen werde; 2. daß für diesen Neubau ein Betrag bis 750 000 Mk. zur Verfügung gestellt werde; 3. daß die Oberschulbehörde ermächtigt werde, abweichend von der Vorschrift des Unterrichtsgesetzes in die mittleren Klassen der höheren Schulen bis zu 36 Schüler aufzunehmen und 4. daß von Ostern 1918 ab wiederum Realschulklassen, beginnend mit U III, an das Johanneum angegliedert werden und daß das Schulgeld für diese Klassen bis auf weiteres auf 120 Mk. für das Jahr festgesetzt werde.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 25. März, abends 6 Uhr statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Rückübernahme und wiederholter Antrag des Senates, betreffend den Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1918. II. Von der Bürgerschaft dem Bürgerausschuß zur näheren Erörterung überwiesener und nicht an den Senat gelangter Antrag von Stellung: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, 1. baldigt die Unterstützungssätze für die Familien der zum Heeresdienst Eingezogenen zu erhöhen, 2. den Kriegserwitwen und -waisen aus staatlicher Mitteln während der Dauer des Krieges einen Zuschuß zur Hinterbliebenenrente zu gewähren.

Frühlingsanfang. Daß der Winter sich zum Abschied rüstet, konnte man bereits in den letzten Wochen wahrnehmen. Die Witterung wurde wärmer und vielfach zeigten Bäume und Sträucher das erste frische Grün des neu erwachenden Lebens. Amler, Drossel, Fink und Star, und die übrige ganze Vogelwelt, die im vorigen Herbst unsere Gegend verlassen hatte, um ihren Flug nach dem wärmeren Süden zu lenken, ist wieder gekommen und läßt ihr frohliches Getöse hören, ihren gern gehörten Gesang wieder erklingen, singt alte, liebe Lieder. Heute meldet nun der Kalender, daß der Frühling beginnen soll. Damit hat der Winter kalendermäßig sein Ende gefunden und hoffentlich kehrt er nicht, wie das ja früher schon manchmal der Fall gewesen ist, noch einmal auf kurze Zeit zurück. Der Frühling erfüllt viele Herzen mit neuer Lebensfreude und neuen Hoffnungen. Ob sich letztere erfüllen werden?

Unzulässige Beurteilung Zurückgestellter seitens der Betriebe. Das stellvertretende Generalkommando des 9. Armeekorps, Altona, gibt folgendes betr. unzulässige Beurteilung Zurückgestellter seitens der Betriebe bekannt: 1. Die privaten und staatlichen Betriebe, sowie die Zivilbehörden sind zur Beurteilung zurückgestellter Wehrpflichtiger nur berechtigt innerhalb der Grenzen, in denen sie auch für alle anderen Arbeiter Urlaub erteilen und demnach nur zur Erteilung von Erholungsurlaub, keinesfalls aber zur Erteilung von Arbeitsurlaub für andere Stellen. 2. Jeder Betrieb usw., der zurückgestellte Wehrpflichtige in anderem Umfang beurteilt, hat damit zu rechnen, daß ihm diese Leute sofort entzogen werden, ohne daß er auf Ersatz zu rechnen hat. 3. Reklamationen von Betrieben usw., die Zurückgestellte in unzulässiger Weise beurteilt haben, werden künftig nicht berücksichtigt. 4. Die Ausstellung von Urlaubsausweisen, die den Anträgen entsprechen, als ob sie von einer militärischen Dienststelle erteilt sind, ist unstatthaft. 5. Die Beurteilung von noch nicht entlassenen, also von den Truppenteilen kommandierten oder zur Einleitung der Entlassung beurteilten Leute darf durch die Betriebe usw. nicht erfolgen. Gesuche sind dem zuständigen Truppenteil vorzulegen. 6. Falls Betriebe usw. im Interesse der Fertigstellung ihrer Kriegsaufträge Arbeitskräfte an andere Betriebe (Unterlieferanten) usw. zeitweise abzugeben beabsichtigen, so ist hierfür vorher die Genehmigung der Kriegsausschusstele Altona einzuholen.

Sendungen an die Internierten in Holland. Amtlich wird gemeldet: Für die in Holland internierten deutschen Kriegsgefangenen sind folgende Bestimmungen maßgebend: Liebesgaben und Beihilfen für die in Holland internierten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sind nach Artikel 16, Absatz 2, der Haager Landkriegsordnung von allen Einkangsollen und anderen Gebühren befreit. Sie werden auf sämtlichen preussisch-preussischen und deutschen Staats- und Privatbahnen sowie auf den Strecken der niederländischen Eisenbahnenverwaltung frachtfrei befördert. Für die Abfertigung der Sendungen sind folgende Bestimmungen maßgebend: Alle aus Deutschland kommenden Liebesgaben sendungen, die für die in Holland Internierten bestimmt sind, werden bei der preussischen Güterabfertigung in Emmerich gesammelt und von dieser Sammelstelle in geschlossenen Wagen unmittelbar nach Arnheim befördert. Die Sendungen werden auf den deutschen Strecken nur bei Aufgabe als Frachtgut frachtfrei befördert, bei Versendung als Eilgut ist für die Strecke bis Emmerich die Eilgutfracht zu bezahlen. Jede Sendung muß von einem internationalen Frachtbrief begleitet sein. Dieser Frachtbrief muß deutlich in lateinischen Buchstaben die nachstehende Adresse tragen: In die internierten Kriegsgefangenen (Vor- und Zuname, Dienstgrad, Truppenteil, Unterbringungs-lager, Quartett usw.) und den Zufuß:

Niederländisches Rotes Kreuz in Arnheim

(Firma van Gend u. Loos)

über Emmerich.

Die gleiche Adresse und der gleiche Zufuß muß deutlich und haltbar auf dem Versandstück angebracht sein. Ferner ist im Frachtbrief als Empfangsstation Arnheim einzutragen und anzugeben, daß die Versendung über die Sammelstation Emmerich zu erfolgen hat. In der Spalte Frachtkosten des Abfassers ist einzutragen: „frachtfrei gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Haager Landkriegsordnung.“ Eine Interessendeclaration sowie Nachnahmen sind unzulässig. Das Gewicht der einzelnen Sendungen muß mindestens 5 Kilogramm betragen, in bezug auf das Höchstgewicht besteht keine obere Grenze. Die Liebesgaben sendungen dürfen keine schriftlichen Mitteilungen enthalten; schriftliche Mitteilungen müssen vielmehr für sich in besonderen Briefen oder auf Postkarten verfaßt werden. Der Absender muß in der Spalte Zufuß des Frachtbriefes angeben: Liebesgaben für Kriegs- (oder Zivil-) Gefangene und er muß die Erklärung hinzufügen: „Die Sendung enthält keine schriftlichen Mitteilungen.“

Hilfskreuzer „Wolf“ Offiziere und Mannschaften waren am gestrigen Abend einer Einladung in das Soldatenheim gefolgt, um in den glücklichen Räumen für einige Stunden bewirtet zu werden. Lauter jugendfrische, kräftige Gestalten, mit vom Wetter gebräunten Gesichtern waren es, die dem Rufe gefolgt waren und sich dort um ihren trefflichen Führer, Korvettenkapitän Berger gruppieren. Herr Professor Roth begrüßte die Erschienenen mit warmen Worten, ihrer ruhmreichen Fahrt gedenkend und sie herzlich willkommen heißend. Dann folgten musikalische Darbietungen, für welche Herr Schumann in der vom hiesigen Stadttheater, sowie die Damen Sonnenberg

vorgetragenen Vieder erwies und beiteren Inhalts, mürzten das einfache Wohl, mit dem die Gäste bewirtet werden konnten. Auch Herr Pastor Denker trug durch den Vortrag plattdeutscher „Liedchen und Nimmels“ dazu bei, die Stimmung zu erheben. So verging denn die kurze Zeit gemüthlichen Beisammensins im Zuge, und als um 11 Uhr die Trennungsstunde schlug, ging jeder mit dem Bewußtsein ein paar vergnügte Stunden verleben zu haben, die ihm noch lange in der Erinnerung bleiben werden. — Vorher hatten Offiziere und Mannschaften einem Konzert in der Marienkirche beigewohnt, das sich unter der bewährten Leitung des Professor Lichtwark in prächtiger Weise abwickelte. Die Vereinnigung für kirchlichen Chorgesang, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt hatte, bot vier- und achtklämmige Chöre, die erst zur Wiedergabe gelangten und die ein Sopran solo des Fräulein M. Krüger mit Orgelbegleitung eintrahnten. Auch diesen Mitwirkenden zur Verschönerung des Abends gebührt Dank und Anerkennung.

Ferienwanderungen. Mit Unterstützung der Oberbehörde werden auch in diesem Jahre Ferienwanderungen für Schüler und Schülerinnen veranstaltet. Wegen der hohen Fahrpreise und der Beförderungsschwierigkeiten der Eisenbahn mußte allerdings von größeren Wanderungen abgesehen werden, aber auch die geplanten Ausflüge in die nähere Umgebung unserer Stadt werden zeigen, wie schön unsere Heimat ist. Die jetzt zu neuem Leben erwachende Natur wird auch im kindlichen Gemüte, das vom Ernste unserer Zeit nicht unberührt blieb, rechte Jugendfreuden erwecken. Ausgiebige Bewegung in der frischen Luft ist für unsere Schuljünglinge die beste Erholung in den Ferien. Darum hinaus, ihr dankbaren Knaben und Mädchen, hinaus zum frohen Wandern.

Hamburg. Die Bürgererschaft wählte in ihrer gestrigen Sitzung Dr. A. Schön zum Präsidenten, sowie Adloff und Menzel zu Vizepräsidenten. In Menzel erhalten die Vereinigten Liberalen erstmalig einen Vertreter im Präsidium. Zu Schriftführer wurden Blume (Soz.), Dr. v. Reiche und Sante (Nat.) sowie Menzelmann (L.) gewählt. Nachdem die Wahl des Bürgermeisters Dr. Walli zum Mitglied der Bürgererschaft für gültig erklärt, sowie die Stelle eines Direktors des neuen Lyzeums auf dem rechten Ufer, der für Vertretungskosten im höheren Schuldienst nachgeforderte Betrag von 45 000 Mk. und ein weiteres Zwölftel auf den diesjährigen Staatshaushaltsplan nachbewilligt worden waren, ging das Haus zur Beratung der Stadtbudgetvorlage über, die eine Subvention in Höhe von 100 000 Mk. vorstelt. Dr. Stemann, der Vorsitzende des besetzenden Ausschusses, nahm für diesen das Recht in Anspruch, den Antrag zu prüfen, während Platen (B.L.) für Vertretung an einen besonderen Ausschuss eintrat. Platen kritisiert die Darbietungen des Stadttheaters, das zuviel Operettenaufführungen bringe. Da des letzteren Antrag aber schließlich entsprechend den Anregungen Dr. Edelbittels und Patoms sowie der Vereinigten Liberalen Hill und Dr. Petersen zurückgezogen wurde, fand der Antrag Stemann einstimmige Annahme. Sehr eingehend wurde über die 6½-Millionen-Vorlage zur Erweiterung des Fischereihafens in Cuxhaven gesprochen, wobei mehrere Redner Gelegenheit nahmen, energisch für den Hamburger Fischmarkt einzutreten. Die Bemühungen von Lütgens, die Vorlage sofort zur Annahme zu bringen, waren vergeblich; das Haus nahm einen Antrag Hoffmann (Soz.) auf Ausschlußberatung an. Bei dem Ausschlußbericht über die Staatshaushaltsabrechnung beflagte Wörning (Soz.) die trostlose Beschaffenheit unserer 50-Tierig-Wahlzettel, die man ganz abschaffen, falls man sie aber für nötig erachte, baldigst erneuern solle. Im übrigen wurden die Ausschlußanträge und ein mit dem Senatsantrag identischer Antrag Tesdorpf ohne Debatte angenommen. Auch das Feuerkassengesetz wurde debattelos genehmigt, der Senatsantrag zur Erneuerung der Steganlage beim Uhlendorfer Jahnhaus dagegen auf Antrag Matthies an einen Ausschuss von neun Personen verwiesen. Der Präsident teilt noch mit, daß ein Antrag Dr. Walli auf Eingemeindung Bergedorfs eingegangen sei.

Hamburg. Der Krieg und unsere Parteiorganisation. Nach einer für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 aufgenommenen Statistik des Parteisekretariats betrug die Zahl der zum Militärdienst überufenen Mitglieder der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburg in der Zeit vom 2. August bis 31. Dezember 1914 14 506, im Jahre 1915 11 309, im Jahre 1916 3148 und im Jahre 1917 1878, zusammen 30 836, gleich 67 Prozent von 45 164 männlichen Mitgliedern am 31. März 1915. Von den 30 836 Mitgliedern sind 20 554 gleich 67 Prozent verheiratet, mit 84 289 Kindern. Von den einberufenen Mitgliedern sind seit Beginn des Krieges bis zum 31. Dezember 1917 gefallen: Im ersten Wahlkreis 258, davon 193 verheiratet und 120 ledig; im zweiten Wahlkreis 255, davon 137 verheiratet und 118 ledig; im dritten Wahlkreis 1805, davon 1241 verheiratet und 564 ledig. In den drei Wahlkreisen zusammen 2318 Genossen, davon 1511 verheiratet und 807 ledig.

Wismar. Kanalpläne in Mecklenburg. In Wismar in Mecklenburg hat sich am Dienstag eine Kanalbau-Vereinigung gegründet zum Zwecke der Schaffung eines Elbe-Ostsee-Kanals. Zum Vorsitzenden wurde Kommerzienrat Paul Robeus-Wismar gewählt. Es handelt sich darum, eine Wasserbindung zwischen Wismar und dem Schweriner See-Schweriner See-Elbe so auszubauen, daß sie für Schiffe von 600 Tonnen beherrschbar wird. Im Jahre 1892 wurde in Wismar ein Kanalbau-Verein gegründet, der die Regierung und die Stände für das Projekt zu interessieren suchte. Alle seine Bemühungen scheiterten jedoch an dem Widerstand der „Ritterschaft“, so daß der Verein 1908 aufgelöst wurde. Auch jetzt wird das Gelingen des Projektes wesentlich von der Aenderung der gegenwärtigen ständischen Verfassung abhängig sein. Seine Ausführung würde einen billigen Verbindungswege mit Mitteldeutschland schaffen. Dieser Kanal wäre auch als für jester Wasserweg zwischen Elbe und Ostsee von allgemeinem Interesse. — Ferner wird in Wismar der Bau einer großen Schiffswerft mit einem Kapital von 8 Millionen Mark geplant, die in dem in Entfaltung begriffenen Industriebezirk ein aünftiges Terrain finden wird. Die Verwirklichung dieses Projektes, hinter dem ein bekanntes Hamburger Bankhaus steht, soll bereits in nächster Zeit erfolgen.

Bremen. In Daimlers Nachbarschaft. Die Bremer Futeinnerei und mehrere weit ihren Aktionären als Uberschuß aus dem verfloffenen Geschäftsjahr 22 Prozent Dividende (im Vorjahre 30 Prozent) und 900 000 Mark in Form von Treuhandanteilen zu. Das ganze Aktienkapital beträgt 2 100 000 Mk. im Vorjahr 1 800 000 Mk. Außer dem logischen Abschlußfonds betragen die Reserven 2 310 910 Mk., also 210 000 Mk. mehr als Aktien. Die Aktionäre haben in zwei Jahren profitiert: 1 062 000 Mk. Dividende, 900 000 Mark Zuzendungen außer der Dividende, 300 000 Mk. neue Aktien, Gesamtprofit also 2 262 000 Mk. Diese Gesellschaft hat sicherlich besonders günstige Bedingungen für das Ger. Liegt hier eine Ausnahme der Kriegslage des Reichs vor? Die Arbeiterlöhne sind gerade bei dieser Gesellschaft sehr niedrig.

Ernährungsfragen. 28 000 Dozen kondensierter Milch verdoeben! In der Oberhönneweide Bevölkerung hat eine Bekanntmachung des dortigen Amtsdirektors, wonach 28 000 Dozen verdoebener kondensierter Milch öffentlich versteigert werden sollen, großes Aufsehen hervorgerufen. Von zuständiger Stelle wurde dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ über das Vorkommnis folgende Erklärung gegeben: Die Gemeinde Oberhönneweide hatte diese 28 000 Dozen kondensierter Magermilch erworben, um sie an die Bevölkerung zu verteilen. Beim Eintreffen der Ware zeigte sich aber, daß sie bereits verdoeben und für den menschlichen Genuß nicht mehr verwertbar war. Die Gemeinde stellte daher die Milch dem Verkäufer wieder zur Verfügung. Inzwischen wurden die Dozen jedoch auf Antrag einer Kriegsamtsstelle beschlagnahmt, da ein Erwerb aus dem Kettenhandel vorliege. Von der Staats-

anwaltschaft wurde der Gemeinde jede Veräußerung verboten und die in Schwarzleder geüllte Milch verschlebert sich weiter. Auf neuerliche Anfrage der Gemeinde, was nun mit der Ware geschehen solle, gab die Staatsanwaltschaft den Verkauf frei. Inzwischen ist der Veräußerungsprozeß der Milch aber soweit fortgeschritten, daß sie auch nicht einmal für technische Zwecke mehr verwendbar ist. Ob die Gemeinde daher in dem Veräußerungsprozeß mit einem Käufer finden wird, ist fraglich. Diese Aufklärung ließ sich ja wunderbar. Es heißt aber, so ähert sich das genannte Blatt mit Recht, unerhört, daß solche Vorkommnisse möglich sind. Und die Behörde sollte sich über die Möglichkeit des eventuellen Kettenhandels hinaus mit der Frage beschäftigen, ob unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht eine strafrechtliche Verfolgung desjenigen möglich ist, der die Schuld trägt, daß so wertvolle Volksernährungsmittel verdoeben sind.

Neueste Nachrichten.

Deutschland und Holland. Haag, 20. März. Der Berliner Korrespondent des „Nieuwe Rotterd. Cour.“ berichtet, in Berlin von zuständiger Seite erfahren zu haben, Deutschland hege keine feindliche Absicht gegen Holland, Deutschland sei aber gezwungen, Maßnahmen zu treffen die die praktische Durchführung einer Vermehrung der Entente-Tonnage durch holländischen Schiffsraum verhindern.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Preistreiberien von Schuhmachern.

Ueber Preistreiberien und Mäher wird viel geschrieben und gesprochen; wäre es da nicht an der Zeit, den Schuhmachern auch einmal auf die Finger zu sehen? Z. B. nimmt eine Beschäftigte in der Huxstraße für ein Paar Herrensohlen Gr. 42 9,50 Mark; dafür bekommt man jedoch keine Ledersohlen, sondern Gummi-Ersatzsohlen, 3 Millimeter stark, und dazu die Abfälle, 2 Millimeter stark, auch nicht einmal Leder, sondern eine Art Pappmasse, eine Aufmachung, die jeder Beschreibung spottet. Bei Regenwetter, bei einem Wege von 200 Meter, hatte ich schon demachen nasse Füße, als hätte ich ein Fußbad genommen. Für ein Paar Kinderschuhe für einen 5½-jährigen Knaben, wofür noch Leder beigegeben ist, also nur bescholen, nimmt obengenannte Firma den Preis von 4 Mk. Ich denke doch, daß es auch hier im Interesse des Volkes liegt, daß die Behörde einmal einschreitet und Höchstpreise festlegt; denn sonst bekommt man schließlich nur noch Holz- oder Pappsohlen und muß dafür dann auch noch 10 Mark bezahlen. F. R.

Bröckchen.

M. 3. 17. Wenn in einer Verhandlung ein Zeuge des Meinesdes überführt worden ist, dann kann er in derselben Verhandlung nicht mehr unter seinem Elde aussagen. Stellt sich nach der Urteilsfällung heraus, daß dieselbe auf Grund einer falschen Aussage eines Zeugen erfolgt ist, so muß ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden. Wenn Sie sicher sind, daß der Zeuge meinedig ist, dann erstatten Sie doch gegen ihn Anzeige wegen Meinesdes.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schöwarh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle findet in dieser Woche nicht statt, da nicht genügend Knochen zur Verfügung stehen. Lübeck, den 20. März 1918. (1215)

Das Polizeiamt.

Für die vielen Gratulationationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Adele danken herzlich Adolf Bolow u. Frau nebst Tochter Adele. Groß-Barm. (1217)

Für die vielen Gratulationationen und Geschenke anlässlich der Konfirmation unserer jüngsten Tochter Ella danken herzlich Ant. Walther und Frau Renjewald. nebst Tochter. (1218)

Franz Ricker nachdem er von Anfang an alle Strapazen ununterbrochen im Felde mitgemacht hat, im 28. Lebensjahre dem grauenamen Kriege zum Opfer gefallen ist. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von uns allen. Franz Ricker und Frau, Adolf Patan und Frau geb. Ricker. Anna Hilmer. Familie Hilmer. Lübeck, den 21. März 1918. Klavendstraße 17 a.

Am Sonnabend morgen starb nach kurzer Krankheit in seinem 81. Lebensjahre unser lieber Vater, der frühere Hauswirtschafter **Heinrich Tiedemann**. Tiefbetrübt von seinen Kindern u. allen Angehörigen. Leichenfeier Freitag, den 22. März, morgens 9 Uhr, im Heiligen-Geist-Hospital. Beisetztag mittags 1½ Uhr von der Leichenhalle Vorwerk aus. (1226)

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Lübeck. **Nachruf.** Am 16. März starb unser Ehrenmitglied **Heinrich Tiedemann**. Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Freitag, dem 22. März, nachmittags 1½ Uhr, auf dem Vorwerk Friedhof statt. **Der Vorstand.** (1228)

Für erwiehene Teilnahme und reiche Kranzsende beim Verluie unserer lieben Tochter **Martha** sagen herzlichsten Dank **Ernst Ludolph und Familie.** (1227)

Suche zum 1. April einen (1212) **militärfreien jungen Mann.** T. Bahrmann, Holstenstr. 23.

Gelucht sofort konfirmiertes **Mädchen** für nachmittags. (1222) Kottwitzstr. 35, II.

Suche zu sofort oder später **einen Hausburschen** außer dem Hause. (1207) **Wilhelm Hobenschild,** Markt-Drogerie, Marktstr. 42c.

Gelucht z. 1. April ein **Zimmer** nahe der Handstr. Ang. an Fr. aut. B. L. an die Exp. (1225)

Wir suchen für unseren Betrieb **ungelernte Arbeiter u. Blabarbeiter** in größerer Zahl, ferner (1205)

Maschinenschlosser, Schmiede, Zimmerleute, Heizer. **Arbeiterannahmestelle Interfabrik Premis,** Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Mehr. Zentner Runkelrüben zu verkaufen. (1219) **Maracretenstr. 27 a. I.**

„Die Frau als Hausärztin“ alt neu, zu verkaufen. (1216) **Warendorferstr. 30, I.**

Büch. zu verk. **Fibel, I. Rechnenbuch** und **Lehrbuch** für d. Volksschule, gut erhalten. (1213) **Strobingstr. 60, III.**

Guterh. Kindersportwagen zu kaufen gesucht. Angeb. unter R L an die Exp. (1214)

Eisern. Sparherd zu kaufen gesucht. Ang. an Fr. aut. H H G an die Exp. (1221)

Sauerkohl vorräthig. (1208) **Gottl. Frost, Rosenstr. 2.**

Alle Arbeiter kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers** Markt 4. Kohlmarkt 10. Hälti. des Kad.-Spara. Eubeca.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend. E. G. m. b. H.

Bezirksversammlung für die Mitglieder **St.-Lorenz-Süd** am Freitag, dem 22. ds. Mts. abends 8 Uhr **im Restaur. „Zur Himmelsleiter“** Margaretenstraße, für die Mitglieder

St.-Lorenz-Nord am Sonnabend, d. 23. ds. Mts. abends 8 Uhr **im „Gewerkschaftshaus“** Johannstraße 50 - 52. Tagesordnung in beiden Versammlungen:

1. Bericht des Vorstandes.
 2. Wahlen zum Genossenschaftsrat.
 3. Genossenschaftliches.
- Wenn auch, besonders für die Mitglieder von St.-Lorenz-Nord, das gewählte Versammlungslokal nicht recht gelegen ist, so bitten wir doch um recht zahlreichen Besuch. (1206) **Der Vorstand.**

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg. E. G. m. b. H.

Achtung Mitglieder von Stockelsdorf und Fackenburg! Nach einer neuen Anordnung sollen neue Kundenlisten angelegt werden. Wir bitten alle Mitglieder, bis zum 23. März gegen Vorlegung ihres Butterbuches sich in unseren Abgabestellen in Stockelsdorf oder Fackenburg einzutragen zu lassen. (1209)

Bilderleisten einrahmungen **Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,** Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2808. (1204)

Getragene Taschenuhren unter Garantie, fast neu. **Matern, Uhrmacher** Beckergrube 26. (1223)

Ferienwanderungen Montag, 25. März: Büffau - Reefe-Hamberge. Wk. 0.10
Mittwoch, 27. März: Warli-Wälle - Ausflugssturm der Petritirche. Wk. 0.10
Dienstag, 2. April: Schönberg Wk. 0.20
Freitag, 5. April: Gemmelsdorfer See. Wk. 0.10
Dauerkarten Wk. 0.40.

Teilnehmerkarten und Wanderungspläne für Schüler und Schülerinnen über 10 Jahre sind zu haben bei E. Krüger, Schulstraße 12 a, W. Rein, Mühlenstraße 75, K. Sahlmann, Geversstr. 33, O. Wessel, Moislinger Allee 4a und beim Schulwärtter Huxstraße 69. (1224) **Schluss des Kartenverkaufs vier Tage vor der Wanderung.**

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr. (1211) **Die Siebzehnjährigen.** Schauspiel von M. Dreyer.

Sozialdemokratischer Verein **Schwartau-Rensfeld.**

Mitglieder-Versammlg. am Freitag, dem 22. März abends 8 Uhr.

im Lokale des Herrn W. Hilprecht (Gasthof Trankevaal). Das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist notwendig. (1210) **Der Vorstand.**

Stadttheater. 1908 **Bonnerstag, d. 21. März 1918**

Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag, den 22. März 1918: Gastspiel von **Melitta Leithner:**

Medea. **Fra Diavolo.** Anfang der Vorstellungen 7 Uhr. (1208)

Die Flinte ins Korn geworfen!

Nach der Wahl von Niederbarnim haben die tatkräftigsten der unabhängigen Zeitungsdirektoren unter einem erstaunlichen Aufwand von Kabulistik versucht, den politischen Bankrott, den die Wahl tatsächlich für die Unabhängigen bedeutete, zu verschleiern. Doch nicht lange sind sie imstande gewesen, bei ihren Leuten der klaren Einsicht in die wirkliche Sachlage zu wehren. Wie die Wahlkatastrophe tatsächlich auf die Unabhängigen gewirkt hat, das zeigte eine am vorigen Sonntag in dem Kreise Niederbarnim abgehaltene Kreisversammlung. Diese Konferenz zeigte sich von den Schönfärbereien der „Leipziger Volkszeitung“ und des unabhängigen Zeitungsdienstes recht wenig eingenommen. Sie sah die Verhältnisse so schwarz, daß sie die Flinte ins Korn warf. Sie beschloß, wie gestern schon kurz gemeldet, nichts mehr und nichts weniger, als — Nichtbeteiligung an der Stichwahl. Der Beschluß, der ein parteigeschichtliches Dokument darstellt, lautet:

„Die Kreisversammlung des unabhängigen sozialdemokratischen Wahlvereins Niederbarnim hat einstimmig beschlossen, ihren Wählern für die am 26. März stattfindende Stichwahl Stimmenthaltung zu empfehlen.“

Die Stichwahl hat nicht den von uns gewünschte Ausgang genommen. Der Regierungsozialist hat einen beträchtlichen Vorsprung und in der Stichwahl werden ihm außerdem die bürgerlichen Stimmen zufließen.

Die Gründe dieses Scheiterns der Unabhängigen sind bekannt. Ihnen stand vor allem die Presse und der gesamte Gewerkschaftsapparat zur Verfügung. Beides haben sie rücksichtslos und skrupellos ausgenutzt und in ihrer Wahlagitatio n sich nicht scheut, das traurige Vorbild des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nachzuahmen.

Wir besitzen seit dem Raub des „Vorwärts“ keine Tageszeitung mehr. Wir waren in der Hauptsache auf die mündliche Agitation angewiesen, und es fehlten uns zudem zahlreiche der besten arbeitseifrigen Kräfte, die uns nach den bekannten Vorgängen der letzten Zeit entzogen worden sind.

Wir sind überzeugt, daß dieser Triumph des Regierungsozialismus nur vorübergehend ist. Aber in der Zeit zwischen Haupt- und Stichwahl kann sich der Wandel nicht vollziehen, und so verzichten wir unter den obwaltenden Umständen auf eine Beteiligung an der Stichwahl.

Ausdrücklich heben wir hervor, daß diese Zurückhaltung nicht etwa in der Abneigung ihren Grund hat, gegen einen auch sozialdemokratischen Kandidaten zu Felde zu ziehen. Im Gegenteil, wir sind mehr als je von dem Gegensatz zu dem Regierungsozialismus durchdrungen und werden in der Betonung dieser Gegnerschaft nicht ermatten.

Wir sammeln unsere Kräfte für die großen Kämpfe, die uns bevorstehen. Wir werden in ihnen den Gedanken des Klassenkampfes gegen den Harmonie, den des internationalen revolutionären Sozialismus gegen den des Nationalismus mit unbegrenzter Energie vertreten.

Wir sind durch den Ausgang der Wahl in keiner Weise entmutigt. Wir stehen zu unseren Grundätzen und werden allen Eifer daran wenden, auffärend und befehend in die weitesten Kreise zu dringen, um so dem Völkerriefen und der Völkerrfreiheit die Wahrung zu brechen.

Das Kreiswahlkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie Niederbarnim.

Ob die an Verdächtigungen und Beschimpfungen der Sozialdemokratie so reiche Begründung des Beschlusses die Parteigänger über die Tatsache hinwegtäuschen wird, daß sie um eine verlorenen Sache kämpfen, ist doch sehr zweifelhaft. Wenn sich die Anhänger der Unabhängigen noch eine Spur realpolitischen Denkens bewahrt haben, werden sie erkennen, wohin der Weg führt: dahin, wohin bisher noch alle Seitenpolitiker geeilt hat, herab und schließlich in den politischen Sumpf. Daß die Führer ihre „politische“ Rolle

nicht abgeben mögen, — wer wollte ihnen das bei der Einsicht in ihre Situation verbieten? Aber die Arbeiter, die sich jederzeit durch Whalen und große Worte haben verleiten lassen, sich von der großen Wassergemeinschaft mit ihren Klaffensgenossen abzusplittern, sollten in sich gehen und bedenken, daß die gewaltigen Aufgaben, die der deutschen Arbeiterklasse nach dem Kriege harrten, keine politischen Extratouren und keine Spielereien eines verzettelnden Konföderations gestatten. Sie sollten nicht vergessen, daß bei der unabhängigen Partei das schlimmste Vergehen Paten standen hat, das an der Arbeiterbewegung verübt werden kann: der Disziplinbruch.

Aufzeichnungen eines Diplomaten über die Schuld am Kriege.

Eine Denkschrift des ehemaligen deutschen Botschafters in London, Fürsten Lichnowsky, macht seit einigen Zeit nicht geringes Aufsehen in der politischen Welt. Wie gewöhnlich, wenn etwas den regierenden Kreisen Unangenehmes passiert, drücken die deutschen Zeitungen über die Angelegenheit nichts berichten, doch konnte die Sache schließlich nicht länger vertuscht werden. Am Sonnabend hat sich der Hauptauschuß des Reichstages in vertraulicher Sitzung damit beschäftigt, aber erst heute verbreitet: Reichs Bureau diesen Bericht:

RTB. Berlin, 19. März.

Am 16. März fand im Hauptauschuß des Reichstages eine Sitzung statt, die sich mit zwei in letzter Zeit auffällig in Deutschland verbreiteten Schriftstücken, in erster Linie mit einer Denkschrift des Fürsten Lichnowsky vom 14. August 1914, befaßte, welche gegen die Politik der Regierung kurz vor Ausbruch des Krieges gerichtet ist. Bei der Eröffnung der Diskussion führte der Stellvertreter des Reichstages, Exzellenz v. Payer aus: „Über die Entstehung und Verhütung der Denkschrift habe Fürst Lichnowsky sich selbst am 15. März dem Herrn Reichsstaatsrat gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert: „Einer Exzellenz ist bekannt, daß sein private Aufzeichnungen, die ich im Sommer 1914 niederschrieb, durch unerhörten Vertrauensbruch einen Weg in weitere Kreise gefunden haben. Es handelt sich um weitestgehende und subjektive Betrachtungen über unsere gesamte Außenpolitik seit dem Berliner Kongress. Ich erlaube in der leibhaftigen Ueberrumpfung und in der Ausdehnung der Bündnispolitik auf orientalische Fragen die eigentlichen Kurze des Weltkrieges. Daran anschließend unterzog ich auch unsere Marinepolitik einer kurzen Beleuchtung. Meine Londoner Mission konnte hierbei naturgemäß um so weniger unberücksichtigt bleiben, als ich das Bedürfnis empfand, der Zukunft gegenüber und zu meiner eigenen Rechtfertigung Einzelheiten meiner dortigen Ergebnisse und Eindrücke zu notieren, ehe sie meiner Erinnerung entwandten. Diese gewissermaßen nur für das Familienarchiv bestimmten Aufzeichnungen, die ich ohne Aktenmaterial oder Notizen aus der Zeit meiner amtlichen Tätigkeit aus dem Gedächtnis niederschrieb, glaube ich einigen ganz vertrauten politischen Freunden, zu deren Urteil ich das gleiche Vertrauen besaß, wie zu ihrer Zuverlässigkeit, gegen Aufklärung unbedingter Veröffentlichung zeigen zu können. Fürst Lichnowsky schreibt sodann in seinem Schreiben, wie die Denkschrift durch Indiskretion weitere Verbreitung gefunden habe und drückt zum Schluß sein lebhaftes Bedauern über den höchst unerklärlichen Vorfall aus. Mitteilend habe der Fürst sein Abgabegeschäft eingeleitet und bewilligt erhalten, und da ihm zweifellos keine böse Absicht vorgelegen habe, sondern es sich mehr um Unvorsichtigkeit handelte, habe man davon abgesehen, weiter gegen den Fürsten vorzugehen. Wohl aber müsse gegen einzelne Behauptungen und Darstellungen auch im Hauptauschuß Widerspruch erfolgen. Das gelte namentlich von den Behauptungen über die politischen Vorgänge in den letzten Monaten vor Ausbruch des Krieges. Diese Vorgänge seien dem Fürsten aus eigener Willkür nicht bekannt. Es seien ihm ausschließlich von dritter, falsch unterrichteter Seite unzutreffende Informationen zugegangen, welche Möglichkeit der Fürst auch selbst anzunehmen. Als Schlüssel für die Irrtümer und Fehlschlüsse der Denkschrift sei vielleicht auch noch die auffällige Heberschreibung der eigenen Verdicten durch den Fürsten heranzuziehen, die von einem förmlichen Haß gegen diejenigen bezeugt sei, die seine Leistungen nicht so anerkennen, wie er es erwartete. In mehr als einer

Stelle deutet er an, daß für diese in erster Linie für ihre Entschuldigend nicht sachliche Erwägungen maßgebend gewesen seien, sondern die Frage, ob ihre Stellungnahme ihm nützlich oder schadenbringend oder unangenehm sein könnte. Ueberestimmend mit diesem Zuge ziehe sich durch die ganze Denkschrift hindurch die auffällige Verehrung für die fremden Diplomaten, namentlich den englischen, die wahrhaft liebevoll geschilbert würden, und denen im Gegenzug ebenso auffällige Geringschätzung gegen fast sämtliche deutsche Staatsmänner. Das Merkmal sei gewesen, daß der Fürst in nicht seltenen Fällen gerade die eifrigsten Gegner Deutschlands als dessen beste Freunde anmah, weil sie sich mit ihm persönlich gut gestellt hätten. Bei einer solchen Verehrung des Menschen sei es kein Wunder, daß der Fürst bei seinen Darstellungen zu falschen Schlüssen gekommen ist. So gebe er selbst zu, daß er der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zunächst keine weitergehende Bedeutung beigemessen und es über vernünftig habe, daß man in Berlin die Lage anders beurteilt. Schon dieser Irrtum allein mache es erklärlich, daß der Fürst kein angebrachtes Verständnis für die folgenden Ereignisse und deren Bewertung hatte. Im einzelnen gehe aus der Denkschrift hervor, daß der Fürst schon im Sommer 1914 bei der Abfassung der Denkschrift die Absicht vertreten haben wolle, daß trotz der Ermordung des österreichischen Thronfolgers der Friede hätte von der deutschen Regierung durch Einwirkung auf Oesterreich aufrecht erhalten werden können, wenn sie nur die Friedensliebe Englands genügt ausgeübt hätte. Von Rußland wäre, wenn dies geschehen wäre, militärisches Eingreifen kaum zu erwarten gewesen. Wahrscheinlich solche Politik gewesen wäre, sei jetzt durch die Aufklärungen des Suchomlinow-Prozesses überzeugend festgestellt worden. Die angeführten Tatsachen, auf die der Fürst sich zur Rechtfertigung seiner Politik berufe, läßten im einzelnen vielfach in direktem Widerspruch mit dem Objektiv der festzustellenden Wahrheit.

Redner führte dies im einzelnen aus. So bezüglich der Behauptung des Fürsten, daß Graf Moltke zum Krieg gedrängt habe, bezüglich des am 5. Juni 1914 in Potsdam abgehaltenen Kronrats, bezüglich der Verwendung des österreichischen Protokolls über diesen angeblichen Kronrat an den Grafen Mensdorff nach London, in welchem der Protokollzusatz enthalten gewesen sei: „Es werde nichts schaden, wenn auch daraus Krieg mit Rußland entspringe.“ Diese sämtlichen Behauptungen sind nachweisbar falsch, ebenso die Behauptung, daß der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes im Juli 1914 in Wien gewesen sei, wie die Behauptung, Graf Pourtales habe berichtet, Rußland werde sich unter keinen Umständen rühren. Wie unbegründet die Klagen des Fürsten darüber seien, daß man nicht seiner Anregung entsprochen die verbündete Kräfte durch eine Konferenz zu beendigen vermag, ist leicht unerkennbar. Die Verhandlungen des Suchomlinow-Prozesses hätten gezeigt, wie unüberwindlich seine Vorwürfe seien, daß Deutschland die russische Mobilmachung mit einem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet habe. Ebenso sei es mit der Behauptung, die deutsche Regierung habe alle Vernehmlichkeitsfälle Englands angelehnt. Ganz besonders dringend sei von Seiten des letzten Vermittlungsvorschlag Sir Edward Greys in Wien beantwortet worden, wie aus den Inkarnationen hervorgehe, die der Reichsstaatsrat von Bethmann-Hollweg am 9. November 1914 im Hauptauschuß bekannt gegeben habe. Unvollständigerweise für den Fürsten habe er keine Denkschrift drei Monate zu früh verfaßt. Wie wenig die Vorwürfe des Fürsten gegen die Friedensliebe der deutschen Politik begründet seien, beweise er selbst in der Denkschrift durch Erzählung des Vorganges am 1. August 1914. Damals habe der Fürst insolge eines telephonischen Mißverständnisses von London aus berichtet, Sir Edward Grey habe an ihm die Frage gerichtet, ob Deutschland Frankreich nicht angreifen würde, falls es in einem deutsch-russischen Krieges neutral bleibe. Sofort nach dem Eintreffen dieses Telegrammes sei von Berlin aus das bekannte Telegramm des Kaisers an den König von England abgegangen, in welchem Deutschland sich erboten habe, auf den englischen Vorschlag einzugehen, falls England mit allen seinen Kräften die bedingungslose Neutralität Frankreichs garantieren wolle. Daß die Meldung des Fürsten irrtümlich gewesen sei, andere an der Bewertung des deutschen Schrittes nichts. Wenn die Denkschrift von einer Verständigung mit England rede, so müsse zur Vermeidung von Irrtümern betont werden, daß diese sich nur auf die Bagdad-Bahn und auf die portugiesischen Kolonien bezogen hätte. Die Gesamtverständigung mit England sei angehts der damaligen europäischen Verhältnisse, namentlich angehts des unbedingten Zerfalls Englands an der Entente-Politik, wie es in den Verhandlungen über das englisch-russische Marineabkommen zum Ausdruck gekommen sei, entgegen der Behauptung des Fürsten begrifflicherweise nicht zustande gekommen. Der Zweck der Denkschrift im ganzen sei offenkundig. Sie sollte dem Leser zeigen, eine wieviel bessere und ein-

Handel und Wandel.

Von F. W. Sackländer.

68. Fortsetzung.

Der Buchhalter aber genau rasch von seiner Wunde und es trieb ihn um so schneller von dem Krankenzimmer ins Geschäft zurück, als er wohl bemerkte, wie ich von Tag zu Tag mehr in der Gunst der Prinzipalin hiege und wie es mir nicht schwer wurde, die Geschäfte des Hauses auch ohne ihn zu führen.

Der Prinzipal dagegen ging langsam dem Grabe zu und seine Krankheit, eine schnell fortschreitende Auszehrung, erlaubte ihm nicht mehr, sein Zimmer zu verlassen. Der Name des Buchhalters durfte nie vor ihm genannt werden und auch er sprach ihn nur noch ein einziges Mal aus, das war nämlich an seinem letzten Lebensstage, wo er mit klarem Geiste eine lange Unterredung mit seiner Frau hatte. Dabei bat er, sie möge ihm nicht nachtragen das Unrecht, das er ihr zugefügt, und ihm verzeihen den Kummer, den er ihr während seines Lebens oft gemacht. Dagegen warnte er sie vor dem Buchhalter und sprach mit der Versicherung, derlei sei ein schlechter und heuchlerischer Mensch!

In dem Gespräche dachte sein Tod vorerhand nichts, wenigstens nichts, was mir zum Vorteil gereicht hätte, wohl aber zum Nachteil. Die Prinzipalin zog sich mehr und mehr zurück, und überließ dem Buchhalter, von dessen Redlichkeit und Frömmigkeit sie überzeugt war, alle Anordnungen. Ich wurde auf ein paar unbedeutende Bücher und die Wiegkammer beschränkt. Die Prinzipalin redete mich schon seit längerer Zeit mit „Sie“ an, auch hatte sie mit ein kleines Salär ausgeschied, von dem ich meine notwendigsten Bedürfnisse bestreiten konnte. Der Pfarrer sprach von mehr als je ins Haus und ich dagegen dachte jetzt mit ihrer Erlaubnis fast jeden Abend das Haus meines Vaters. Das ich den Doktor Burbus dort eingeführt, und daß er bald Freund des Hauses und Hausarzt war, kann man sich leicht denken; das Stieghilfs Haus dagegen hatte er verloren, denn nach dem Tode des Prinzipals fandte ihm der Buchhalter Herr Spatz im Namen der Prinzipalin ein bedeutendes Honorar und bemerkte ihm dazu, man würde sich erlauben, es ihn wissen zu lassen, sobald man seiner Kunst wieder bedürfe. Der Kreisphysikus schimpfte bei dieser Nachricht eine halbe Dose leer und schamur zornig, er wolle gehenkt werden, wenn er je wieder in dies Pflanzhaus ginge.

Strenge, die namentlich in früheren Zeiten und bei manchen Fabrikanten, die bei dem armen Arbeiter einen Fehler und ein Unglück nicht als möglich zugeben, und nur sich selbst für unfehlbar hielten, oft über alle Massen geübt war. Dadurch wurde selbst dem geschicktesten, lauberen und fleißigen Weber dieser Ort oft zur Qual und Verzweiflung. Da wurde ein kleiner Fehler in der Rehte, der einen jaßigen Punkt nelschalt von der Größe eines Nadelkopfes hervorbrachte, ein unbedeutender Irrtum im Dessin oder der Verlust einiger Lot an Seide, der sich bei dem Abwiegen des Stückes herausstellte, aufs furchterlichste mit großen Abzügen geahndet. Dann herrschte noch, namentlich in kleineren Landstädten, der stuchwürdige und schändliche Gebrauch, daß der arme Weber genötigt war, für einen Teil seines Leber verdienstlichen Lohnes Lebensbedürfnisse, als Kaffee, Zucker, Seife, Del, von dem Fabrikanten statt haren Geldes anzunehmen, zu welchem Zweck sich neben der Wiegkammer eine Art Speckereien bestand.

Es ist morgens acht Uhr, die Wiegkammer wird geöffnet und vor der Tür haben sich schon eine Menge Weber verammelt, die abgeherrigt sein wollen. Einige wohnen in der Stadt, andere auf dem Lande und diese machten schon in der Frühe einen Marsch von einigen Stunden, um zur rechten Zeit dazusein. Der Prinzipal des Hauses — ich spreche nicht von dem unsrigen — eine kleine, dicke Gestalt mit rotem Gesicht, eine Brille auf der Nase, kam eben von seinen Zimmern, und die Art, mit der er brummend guten Morgen sagt, und die Heftigkeit, mit der er sein Buch aufschlägt, zeigt den Kommiss und Lehrlingen an, daß der Chef äußerst schlechter Laune ist, und man sich sehr zusammennehmen habe. Er schlägt einige Boginas nach, schließt aber währenddessen nach seinen Leuten und das erste Ungewitter bricht los. „Herr Blod“, sagt er zu einem der Lehrlinge, „sind Sie nicht imstande, Ihre ewige Lust zu Kinderreien zu bändigen, oder glauben Sie, es gehöre zum Geschäft, die Wage ewig auf- und abtanzen zu lassen? Nehmen Sie sich zusammen, Herr! Und Sie, Herr Braun, lassen Sie die Leute hereintreten!“ Der Herr Braun ist ein alter Kommiss, viel älter als der Prinzipal, ein wahres Vogelgesicht. Bei der Anrede des Prinzipals fährt er erschrocken zusammen, denn er hat höchst verbotenerweise eine Prisse genommen.

Der Herr Blod öffnet die Tür und der erste Weber tritt ein. Dieser hat bloß einen Einfall zu verlangen, der Herr Braun schlägt das Konto auf und sagt mit erschrecklicher Hast: „Es ist dem Meister zu wenig mitgegeben worden, der Herr Blod hat die Seide eingekauft.“

„Vor, und Gräulein Pfeffer — so hieß dieselbe — verdiente sich hier im Schwelge ihres Angehts und in dem der Weber ein kleines Nadelgeld. Vor diesem Laden ging eine Beschreber, eine Art langes Sprachrohr, bis zum Pult des Prinzipals, und kaum war der Weber drüber eingetreten, so erhob sich die Stimme des Bräulein Pfeffer, die ihren Bruder fragte, wieviel der Mann noch zu bekommen habe.“

„Sobald er ablieft“, war die Antwort, „noch zirka fünf Taler.“

„Nun er mir“, schaltete es zurück, „sind drei Taler schuldig! — Kann ihm nichts mehr geben.“ Gleich darauf kam der Weber traurigen Angesichts zurück, und es war zu bemerken, wie er des Geldempfangs, das er in der Hand trug, fast unklammerte.

„Herr Pfeffer“, sagte der Mann, „es ist allerdings wahr, daß ich schon für drei Taler Waren bekommen habe, aber ich habe weß Gott nicht mehr geholt, als ich notwendig brauchte.“

Der Prinzipal zuckte die Achseln und versetzte kalt: „Liefere Er ab!“

„Aber, Herr Pfeffer“, entgegnete schüchtern der Arbeiter, „ich muß doch leben; damals wollt ich ja nur für einen Taler kaufen, aber man drang mir Waren für drei Taler auf.“

Der Prinzipal fuhr in die Höhe. „Was sagt Er?“

„Der drang auf?“

„Sich einer ab!“

„Nun ja“, antwortete der Weber, „ich nahm freilich für drei Taler, aber heute brauch ich wieder Del und Mehl, und Sie können sich denken, daß ich jetzt in einem anderen Speckereien auch keinen Kredit bekomme.“

„Kann nichts dafür“, entgegnete der Prinzipal, „Liefere Er ab und Er kann wieder Waren bekommen.“

„Auch mein Geld?“

„Zwei Drittel Waren, ein Drittel Geld, wie es bei mit der Brauch ist“, sagte kalt der Herr Pfeffer. Der Weber verließ das Zimmer.

Es trat eine anderer ein, ein kleiner, gutaussehender Mann, aber mit tief bekümmertem Gesicht; er hatte ein großes Stück Seide abgeherrigt, und der Prinzipal, der ihn freundlicher als den ersten begrüßte, trat an den Tisch, um es mit Herrn Braun durchzumitteln. „Schon fertig?“ freischte dieser — „Ihr seid sehr fleißig, Meister Hans.“

„Habe mehrere Nächte durchgearbeitet“, antwortete seufzend der Weber, „mein Weib wird immer kränker, und da muß ich des Nachts wachen und webe unterdessen.“

„Das ist mir nicht lieb“, sagte der Prinzipal, der untertäuf von den kranken Augen des Herrn Braun. „Sie um Sie mit der größten Genauigkeit durchsch, das ist mir gar nicht lieb.“

„Meister Hans“, das Hädel der Ware, sieht Er, hier fangen die Nachtwachen an.“

„Dabei begehrtete er eine Stelle des Stoffes, wo der Herr Braun ein kleines Knötchen eingeht hatte.“

„Ja, ja, hier fangen die Nachtwachen an“, widerhorte er, „das ist schlecht.“

„Fortsetzung folgt.“

34. Auf der Wiegkammer. Die Wiegkammer ist für die Fabrikation, was das Kontor für das Handlungshaus ist: die Seele des Geschäftes, in der alle Lebensadern zusammenlaufen. Hier sind die schärfsten Augen verammelt und die genauesten, ja unbarmherzigsten Kommiss prüfen die Waren, welche der Weber einbringt. Hier geschieht eine große

höfliche Politik der Verfasser gemacht und wie der Reichs den ...

Des weiteren handelt es sich um ein in Briefform gefeldetes, an eine größere Anzahl von Personen gesandtes, ...

In der anschließenden Diskussion erklärte Gröber, die Denkschrift ...

Strelitzmann geht auf die Fragen der Entstehung des Krieges ...

von Gräfe bemerkt, es sei erwünscht, daß die Vertreter ...

Freiherr von Camp bemerkt: Im Reichstag und im ganzen ...

Der Stellvertreter des Reichstagspräsidenten ...

mehr in Betracht. Die Verantwortlichkeit von Artikeln in der ...

Mitteilungssekretär v. Strömmer erwidert auf die Anfrage, wer für die ...

Politische Rundschau. Deutschland.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages beschloß in seiner Sitzung am Dienstag, die sonstigen ...

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus. Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag zunächst ...

Die weitere Sitzung wurde ausgesetzt durch die Beratung des Etats der Bauverwaltung. Es entspann sich ...

Eine annexionsistische Denkschrift der Schwerindustrie. Aus ...

Wie dem Blatt von seinem Gewährsmann geschrieben wird, ist diese ...

Diese "streng veritabile" Denkschrift ist schon deshalb bemerkenswert, weil sie zeigt, daß die Schwerindustrie ...

sch einem holländischen Ausdrager erklärt, daß er „kein prinzipieller ...

Aus der Partei.

Neue Reichstagskandidatur. Im Wahlkreis Calbe ...

Gewerkschafts-Verwaltung.

Eine Kreisversammlung Kruppischer Arbeiter in Essen nahm am Sonntag Stellung zu der Verkürzung der Arbeitszeit ...

Aus Nah und Fern.

Mord. In der Borhauerstraße 21 in Lichterfelde wurde die 44jährige ...

Ein Mehl-Lebensmittellager. Das größte deutsche Kühlhaus und gleichzeitig das umfangreichste Lager der F. G. W. ...

Im Jertinn den Vater getötet. Der 30jährige Invalide ...

Beim Schmuggeln erschossen. Wie dem Berliner Lokalanzeiger ...

Ein Bestie in Menschengefalt. Sein eigenes dreijähriges Töchterchen ...

Nach bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank in Wien ...

Angoleme (Frankreich) wurden 10 Arbeiter durch eine Explosion ...

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz.

Interate finden durch den 'Lübecker Volksboten' in den Kreisen der ...